

Heinrich Lummer

„Wer selbst im Glashaus sitzt...“

Vorwort von Heinrich Lummer **Straßen-Schläger als Außenminister**

Der Volksmund hat ein schönes Bild bereit: Wer im Glashaus sitzt, sollte tunlichst nicht mit Steinen werfen.

Manche können es nicht besser und verlieren so ihre Glaubwürdigkeit. Joseph Fischer zum Beispiel.

Er empfand Haß auf unseren Staat und wollte „den Sturz der verfassungsmäßigen Ordnung“. Er greift zur Gewalt und leugnete damit jene tragende Säule des demokratischen Rechtsstaates: Das staatliche Gewaltmonopol.

Seine Rechtfertigungsversuche sind fadenscheinig. Mit dieser Vergangenheit kann man nicht Zensor werden. Mit diesen „Erfahrungen“ kann er rechte und linke Jugendliche bitten, nicht so zu handeln wie er. Mit jedem Urteil richtet er sich selbst.

Er und die anderen im Glashaus wollen nun den notwendigen und ehrenwerten Kampf gegen rechtsextreme Gewalt instrumentalisieren, um alle Konservativen und Rechten zu diskriminieren, um die Meinungsfreiheit im Namen der Political Correctnes einzuschränken und um vom linken gewalttätigen Extremismus abzulenken. Das dürfen wir nicht vergessen.

Es ist die Aufgabe dieser Broschüre die „Spur der Steine“ derer, die im Glashaus sitzen, zu verfolgen.

Es gibt ein Land der tausend Möglichkeiten, da konnte ein Tellerwäscher Präsident werden.

Nun gibt es ein Land der tausend (Un-)Möglichkeiten, da kann ein Straßen-Schläger und Straftäter, der einen amtierenden Bundestagspräsidenten „Arschloch“ nennt, Außenminister werden.

Was soll noch möglich werden in diesem unserem Lande?

*Wenn die Sprache nicht stimmt, so ist das, was gesagt wird,
nicht das, was gemeint ist;
ist das, was gesagt wird, nicht das, was gemeint ist,
so kommen die Werke nicht zustande;
kommen die Werke nicht zustande,
so gedeihen Moral und Kunst nicht;
gedeihen Moral und Kunst nicht, so trifft das Recht nicht;
trifft das Recht nicht, so weiß die Nation nicht,
wohin Hand und Fuß setzen;
also dulde man keine Willkürlichkeit in den Worten;
das ist es, worauf alles ankommt“
(Konfuzius)*

1. Die gewollte Begriffsverwirrung

Der Hamburger Sender „Radio HH“ meldete in den Nachrichten am 26. Oktober 2000 um 18.00 Uhr „auch Hamburg werde gegen Rechts“ stimmen. Gemeint war, daß sich der Hamburger Senat nach anfänglichem Zögern dem Verbotsantrag gegen die NPD anschließen werde.

Der Deutschlandfunk kündigte den Bericht über eine Demonstration in Düsseldorf am 28. Oktober mit dem Titel an: Demonstration gegen Rechts. Es handelte sich um eine Gegendemonstration gegen einen Aufmarsch von „Neo-Nazis“. Die teilweise auftretende Gewalt ging dann von den linken Gegendemonstranten aus. „Mit ihnen (den selbsternannten Antifaschisten) hatte die Polizei die meiste Arbeit“, hieß es im Bericht der Frankfurter Allgemeinen Zeitung. „Es kam zu Rangeleien und zu Steinwürfen, zwei Polizisten wurden verletzt. Die Rechtsextremen konnten sich deswegen als bedrohte und schützenswerte Gruppe darstellen, lauthals forderten sie den Einsatz von Wasserwerfern.“

Die Berliner Morgenpost berichtet am 11. Oktober von einer „Aktion ‚Cottbusser Zuflucht‘ gegen Rechts“. Gemeint war eine Aktion des Cottbusser Oberbürgermeisters, Aufkleber zu verteilen, die Bürger und Geschäftsleute an ihre Türen heften könnten, um bedrohten Ausländern zu signalisieren, daß sie hier Schutz finden können.

Am 20. Oktober 2000 titelt die Berliner Morgenpost einen Beitrag mit „Allianz gegen Rechts“. In dem folgenden Text ist vom Kampf gegen Nazis im Internet die Rede.

In Tausenden von Presseberichten findet sich in dieser Zeit diese Verkürzung der aktuellen Auseinandersetzung auf einen „Kampf gegen Rechts“.

Wenn man weiterhin von einem „Ruck gegen Rechts“ hört, den sich die Nation geben müsse oder von einem Konzert „Rock gegen Rechts“ oder einem bloßen „Prominententreffen gegen Rechts“, dann spürt man, hier geht es nicht um Versehen oder journalistische Schludrigkeit, die allerdings auch an der Tagesordnung sind, sondern das alles hat Methode. Alles was politisch rechts von der SPD angesiedelt ist, soll delegitimiert und diskreditiert werden. Rechts von der „Neuen Mitte“ beginnt der schwarz-braune Extremismus. Rechts von der „Neuen Mitte“ gibt es keine wählbaren Parteien. Entweder sind sie antisemitisch, ausländerfeindlich und rassistisch oder es handelt sich zumindest um die Brandstifter, Schreibtischtäter und geistigen Verursacher, denn schließlich reichen die Wurzeln der „rechten Gewalt“ bis in die Mitte der Gesellschaft. Alles was Rechts ist, soll nicht mehr mit richtig in Verbindung gebracht werden können, sondern zu Naserümpfen und Ablehnung Veranlassung geben.

Gewiß kommt es in dieser hysterischen Diskussion auch zu grotesken Ideen, die geeignet sind, die Grenze zur Lächerlichkeit zu überschreiten. So liest man in der FAZ: „Viele in dieser Stadt sind aber immer noch zu faul, um bei feuchtkaltem Wetter auf die Straße zu gehen - auch wenn es um eine gute Sache geht. Wer dem rechten Mob die Stirn bieten will, aber als Demonstrationsmuffel eine bequemere Möglichkeit sucht sich zu engagieren, für den gibt es jetzt ‚Saufen gegen rechts‘. So heißt eine Initiative, zu der sich zahlreiche Gastronomen, vor allem in Mitte und Kreuzberg, zusammengeschlossen haben.“

Dennoch bleibt die permanent verwendete Floskel „gegen Rechts“ eine unverantwortliche Verkürzung des Sachverhalts. Nicht nur die Bild-Zeitung, von der man Solidität kaum erwarten kann, schreibt am 10. 11.: „? 000 demonstrierten in Berlin gegen Rechts“. Auch - und gerade - der Tagesspiegel, von dem man Solidität erwarten sollte, weil er ständig damit kokettiert, bietet das absolut schlechteste Beispiel.

Ein Interview mit Präsident Thierse im Tagesspiegel vom 8. 11. wird mit der vierspaltigen Überschrift, „Gegen Rechts sollen nicht nur Profis kämpfen“, aufgemacht. Im Interview-Text findet sich dieser Satz indessen nicht. Thierse spricht stets von „rechter Gewalt“. Im Berlin-Teil der Zeitung ist mindestens fünf weitere Male von einer Demonstration gegen Rechts die Rede. Das ist mies und hat Methode. Deshalb war für mich klar, daß ich an einer solchen Demonstration nicht teilnehmen kann. Schließlich ist ein politischer Standort rechts von der Mitte ebenso legitim wie einer links von der Mitte. Entscheidend ist die Haltung zur freiheitlich demokratischen Grundordnung und zur Gewaltbereitschaft, nicht aber der Standort rechts oder links von einer undefinierbaren Mitte. Auch der Tagesspiegel wie andere Zeitungen wußten, daß offiziell für „Toleranz und Menschlichkeit“ demonstriert wurde und nicht gegen Rechts.

Es handelt sich hier um eine ebenso bewußte wie gewollte Begriffsverwirrung. Man könnte, in Erinnerung an Methoden der Stasi, auch von einer Desinformationskampagne sprechen. Notwendige sachliche Unterscheidungen werden nicht gemacht. Dies kommt auch bei der Verwendung der Begriffe rechtsradikal und rechtsextremistisch zum Ausdruck. Mehr oder weniger willkürlich wird in den Medien und von der politischen Linken, sowie von der „Neuen Mitte“, alles mögliche mit den Adjektiven radikal oder extremistisch belegt. Nicht nur die Republikaner, auch zum Beispiel DIE DEUTSCHEN KONSERVATIVEN werden zu Rechtsextremisten. Für die selbsternannten Antifa-Gruppen, die oft staatliche Förderung genießen, sind DIE DEUTSCHEN KONSERVATIVEN „eine ultra-rechte Nazipartei“.

Die Beispiele, die eine mangelnde Differenzierung belegen, sind ungezählt. Ein radikales, von der Wurzel herkommendes Denken, kann nicht verboten sein. In Frankreich gibt es gar eine radikal-sozialistische Partei. Verboten ist der Angriff auf die freiheitlich demokratische Grundordnung, wie sie in den Urteilen des Bundesverfassungsgerichts beschrieben wurde. Man hatte sich bei den Innenministern vor Jahren darauf geeinigt, den Begriff extremistisch im Sinne von verfassungsfeindlich zu verstehen. Die Leichtfertigkeit, mit der man das Attribut „extremistisch“ heute verleiht, ist beängstigend. Aber offenbar ist die mangelnde Unterscheidungs-bereitschaft beabsichtigt. Der Philosoph lernt zu unterscheiden. Am Anfang steht für ihn oft das „distinguo“. Und daran eben mangelt es hier und heute. Wo sind die Grenzen zwischen verfassungsfeindlichen Positionen und rechtswidrigen Handlungen auf der einen Seite, und wo beginnt die ungerechtfertigte und unverantwortliche Verfolgung eines erlaubten politischen Denkens auf der anderen Seite? Hier wird der gerechte Kampf gegen Gewalt benutzt, um auch den im Rahmen der Verfassung agierenden politischen Gegner zu diskreditieren. Die notwendige Unterscheidung zwischen, unerlaubter Straftat und erlaubtem Denken, wird nicht gemacht. Wenn man sich die Vorschläge vor Augen führt, die zur Bekämpfung des sogenannten Rechtsextremismus gemacht werden, dann spürt man, woher der Wind weht:

- Bündnisse gegen Rechts,
- Einschränkung des Demonstrationsrechtes für Rechte,
- Arbeitsverbot für rechtsextreme Arbeitnehmer,
- NPD-Verbot,
- Veröffentlichung von Namen und Anschriften Rechtsextremer,
- Schnellgerichte,
- Streichung der Wahlkampfkostenerstattung für rechtsextreme Parteien,
- kein Sex mit Rechtsextremen und so fort.
- Eine saubere Unterscheidung dessen, was rechts und rechtsextremistisch oder rechtsradikal ist, wird nicht gemacht.

Entlarvend der Stern, der mich als Brandstifter und deutschtümelnd wegen des folgenden Satzes angreift: „Die Deutschen haben das Recht, in einem Nationalstaat zu leben. Sie haben das Recht, ihn vor Überfremdung und Masseneinwanderung zu schützen. Und dieses Recht sollten sie

wahrnehmen.“ So habe ich es geschrieben. Und das ist für einen Polen und Franzosen selbstverständlich. Für diejenigen aber, die die Parole vertreten: „Nie wieder Deutschland“, sind alle verdächtig, die sagen: Deutschland soll deutsch bleiben. Das Ziel, Deutschland zu bewahren, ist aber legitim und Verfassungsgebot. Man unterscheidet nicht zwischen den rechtsextremen Verfassungsfeinden und verfassungstreuen Konservativen und Rechten, weil man nicht will. Denn man will möglichst alles, was sich rechts von den verschiedensten sozialistischen Gruppierungen befindet, als verdächtig charakterisieren und als nicht wählbar erscheinen lassen. Dies ist der gleiche gedankliche Hintergrund wie bei der Diskriminierung Österreichs wegen der Regierungsbeteiligung der FPÖ.

Die Kampagnen und Demonstrationen richten sich offiziell gegen Gewalt, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus, sowie gegen Antisemitismus.

Daß Gewalt in einem Rechtsstaat, der das Gewaltmonopol des Staates beansprucht, nicht erlaubt ist, ist selbstverständlich. Aber eine Demonstration von Rechtsradikalen am Brandenburger Tor ist nicht mehr „Gewalt“ als jede andere Demonstration auch. Es ist insofern „Gewalt“ als jede Demonstration dazu führt, daß andere (z. B. Verkehrsteilnehmer) gezwungen werden auszuweichen. Sie müssen Nachteile in Kauf nehmen.

Gewalt gegen Sachen und Personen ist stets eine Straftat, oft ein Verbrechen. Straftaten müssen angemessen bestraft werden. Prinzipiell ist Gewalt von Rechts nicht anders zu bewerten als die von Links oder aus der Mitte oder ohne ideologischen Standort. Gewalt ist Gewalt. Natürlich wird die Motivation bei einer Straftat immer eine gewisse Rolle spielen. Jemand, der aus niederen, sexuellen Motiven ein Kind tötet, gilt als besonders belastet. Aber es darf nicht zu einer Gesinnungsjustiz kommen.

Es waren in der Nachkriegszeit Teile der politischen Linken, die Gewaltanwendungen teilweise rechtfertigten, weil es in unserer Gesellschaft strukturelle Gewalt gebe, gegen die man sich entsprechend wehren müsse. Davon wird später noch die Rede sein.

Daß Gewalt kein Mittel der Politik in einer Demokratie sein kann, sollte also klar sein. Was aber ist z. B. ausländerfeindlich? Offenbar ist für die Vertreter der Linken und der „Neuen Mitte“ schon der ein Ausländerfeind und potentieller Rassist, der die Fragen der Zuwanderung von Ausländern im Wahlkampf thematisieren will. Dies wird aber von der Mehrheit der Deutschen gewünscht. Damit wäre die Mehrheit der Deutschen offenkundig ausländerfeindlich.

Ist der ein Ausländerfeind, der - wahrheitsgemäß - auf eine überproportionale Ausländerkriminalität hinweist? Das muß wohl so sein, denn die Medien haben sich weitgehend darauf verständigt, aus ausländerfreundlichen Gründen die Straftaten von Ausländern zu verharmlosen. Entweder wird bei der Berichterstattung über die Kriminalstatistik die überproportionale Ausländerkriminalität verschwiegen oder bei den Berichten über einzelne Straftaten wird die Nationalität unterschlagen. Am 21. September 1994 hat der Deutsche Presserat seine Richtlinie über Diskriminierungsschutz geändert. Seitdem lautet sie: „In der Berichterstattung über Straftaten wird die Zugehörigkeit der Verdächtigen oder Täter zu religiösen, ethnischen oder anderen Minderheiten nur dann erwähnt, wenn für das Verständnis des berichteten Vorgangs ein begründbarer Sachbezug besteht. Besonders ist zu beachten, daß die Erwähnung Vorurteile gegenüber schutzbedürftigen Gruppen schüren könnte.“ Die Wahrheit könnte also Vorurteile schüren und diskriminieren. Deshalb wird sie manipuliert. Wer die Manipulation nicht mitmacht, ist offenbar Ausländerfeind. Trotzdem kann der aufmerksame Zeitungsleser beinahe täglich in der Berichterstattung die Überproportionalität der Ausländerkriminalität erkennen.

Ist der ein Ausländerfeind, der - aus guten Gründen - dann und wann die oftmals rechtswidrige Belastung unseres Sozialsystems durch Asylbewerber thematisiert? Auch hier gibt es eine bewußte Begriffsverwirrung. Wer die Wahrheit sagt, diskriminiert. Wer diskriminiert, ist ein Ausländerfeind. Das kann es nicht sein.

Offenbar soll auch in der Ablehnung einer multikulturellen Gesellschaft ein Stück Ausländerfeindlichkeit gesehen werden. Die Debatte darüber sowie über das, was man „Leit“ - oder Dominanz-Kultur oder auch nur die Rolle der Kultur des Aufnahmelandes nennen kann, ist ganz und gar normal. Jedes Volk hat ein Recht auf Identität. Und es wird stets Diskussionsbedarf darüber

geben, inwieweit Zuwanderer die identitätsstiftenden Teile der Kultur des Aufnahmelandes zu achten und zu respektieren haben. Und da hat noch kein Konservativer oder Rechter in Deutschland das verlangt, was in moslemischen Ländern wie dem Iran, Saudi-Arabien oder auch nur der Türkei üblich ist.

Vergleichbares gilt auch für das höchst sensible Problem des Antisemitismus. Nicht jeder, der kein Philosemit ist, ist ein Antisemit. Auch das Verhalten einzelner Personen jüdischen Glaubens oder jüdischer Organisationen muß kritisiert werden dürfen. Daß Angriffe auf Synagogen und die Schändung von Gräbern eine Schande und strafbar sind, bedarf keiner Frage. Wenn aber z.B. Herr Friedman Unfug redet, dann darf ich das thematisieren ohne zum Antisemiten zu werden. Und gelegentlich redet Michel Friedman Unfug. Zum Beispiel hat er, der CDU-Mann, auf einem Parteitag der Grünen mit großer Emphase verkündet, alle Kulturen hätten die gleiche Berechtigung. Deshalb könne es eben keine Leitkultur geben.

Nun geht es bei der Frage der Leitkultur nicht um die Wertigkeit der einzelnen Kulturen, sondern nur darum in welchem Maße Zuwanderer, die auf Dauer in einem Lande bleiben wollen, die Kultur des Aufnahmelandes zu respektieren und sich ihr anzupassen haben. Für diesen Vorgang im Rahmen des Integrationsprozesses, kann man die Kultur des Aufnahmelandes als Leit-, Primär- oder Dominanzkultur bezeichnen - oder man nennt sie, wie in Frankreich üblich, „Culture de Référence“. Keiner der Begriffe ist von Friedrich Merz erfunden oder auf den Markt gebracht worden. Sie sind längst in der Diskussion. Ich habe sie allesamt seit langem verwendet. Aber das muß man weder hören noch lesen. Wenn allerdings der Bundestag 1999 Wissenschaftler im Rahmen einer Anhörung über das Staatsangehörigkeitsrecht zu schriftlichen Stellungnahmen auffordert und darin der Begriff Leitkultur auftaucht, dann sollte man dies registrieren. So schrieb der Bamberger Professor Josef Schmid in seinem Gutachten: „Integration heißt, daß sich die Leitkultur des Aufnahmelandes im Dasein der Zuwanderer durchsetzt: Sie nehmen seine Lebensformen an und tragen die Staatsziele mit. Integration ist ein Vorgang, der sich günstigenfalls über zwei Generationen erstreckt und mehrere Stufen kennt.“ Und wenn der links von der Neuen Mitte angesiedelte Theo Sommer im Intellektuellen-Blatt „Die Zeit“ am 16. Juli 1998 schreibt: „Integration bedeutet zwangsläufig ein gutes Stück Assimilation an die deutsche Leitkultur und ihre Kernwerte“, dann trifft er nicht nur den Nagel auf den Kopf, sondern sollte auch den Lesern im Gedächtnis bleiben. Warum heult man erst dann auf, wenn dieser Begriff von der CDU kommt? Weil man mißverstehen will! Wie meinte doch Wolf Biermann: „denn jeder in Deutschland mißverstehet in solch einer Maulschlacht ja jedes Wort so gut er nur irgend kann. Und wir können ja alle prima mißverstehen.“

Gewiß hat auch Paul Spiegel „prima mißverstanden“. Natürlich weiß er es besser als er es sagt. Aber zurück zu Friedman. Auch der weiß, daß es hier nicht um die Wertigkeit der Kulturen geht, sondern um die besondere Rolle der Kultur des Aufnahmelandes. Wenn er nun aber die Gleichwertigkeit der Kulturen beschwört und deshalb den Begriff Leitkultur ablehnt, dann muß man gleichwohl darauf hinweisen, daß es sehr wohl Unterschiede in der Wertigkeit der Kulturen gibt. Maßstab sind sinnvollerweise die Menschenrechte. Und daran gemessen, lassen einige Kulturen sehr zu wünschen übrig. Als unverdächtigen Zeugen gegen Friedman noch einmal Biermann: „Es sind die Moslems, es sind die Türken, es sind die Araber, es sind die Leute, die im Grunde keine westliche demokratische Kultur kennen: Und das ist es, worum es hier eigentlich geht. Und da bin ich allerdings der Meinung, jemand der in diesen Gegenden der Welt leben möchte, der soll nicht das Recht haben, seine Frauen zu mißhandeln, zu beschneiden, der soll sich an die demokratischen Regeln der westlichen Zivilisation halten. Und wenn er dagegen verstößt, dann soll er wissen, daß er hier nichts zu suchen hat. Dann soll er in diese alte Barbarei, der wir zum Glück entronnen sind, zurückgehen.“

Noch unverdächtiger erscheint als Zeuge Lord Weidenfeld, der sich just am Tage nach Spiegels Rede zum Thema äußert - allerdings in Sachen Israel. Er schreibt in der WELT vom 10. 11.: „Die nächste Etappe wäre ein systematisches, politisches und kulturelles Auslaugen der jüdischen Substanz des Staates Israel. Die Forderung der palästinensischen Minorität in Israel, die jüdische L e i t k u l t u r durch eine multikulturelle, in der arabischen Welt aufgehende Gesellschaft zu ersetzen, würde dann von der öffentlichen Weltmeinung unterstützt“. Armer Spiegel darf man nun sagen. Es sei denn, für Israel gelten ganz andere Maßstäbe als für Deutschland.

Wenn also Friedman Unsinn redet, darf man das sagen. Und wenn jüdische Organisationen sich Gelder im Rahmen der Zwangsarbeiterentschädigung zukommen lassen wollen, dann muß ich das genauso kritisieren dürfen wie der Herr Finkelstein, der bekanntlich jüdischer Abstammung ist.

Konfuzius hat davon gesprochen, daß ohne klare begriffliche Unterscheidungen eine Verwirrung des Denkens und Unordnung entsteht. Solche Begriffsverwirrung gibt es nun bei uns. Wenn man wollte, könnte man schnell zu einer Klärung kommen. Aber eben die ist von den Anstiftern der Verwirrung nicht gewollt, weil sie ein bestimmtes Ziel im Auge haben: Sie suchen den Konsens einer Volksfrontgesellschaft gegen Rechts, um ihre Macht möglichst auf Dauer zu sichern.

*„Ich kann keinem Ihrer Worte zustimmen,
werde aber bis an mein Ende Ihr Recht,
diese auszusprechen, verteidigen.“
(Voltaire)*

2. Das Ziel der Volksfront aller „Anständigen“

Es gehört fast zur Natur der Sache, daß politische Parteien, wenn sie an die Macht gekommen sind, diese auch erhalten wollen. Dabei gehen sie zuweilen zweifelhafte Wege. Machterhaltung bedeutet Wahlen und/oder Koalitionspartner zu gewinnen. Man gewinnt Wahlen unter anderem dadurch, daß man den politischen Gegner überzeugend für nicht wählbar darstellt. Problematische Koalitionspartner gewinnt man dadurch, daß ein gemeinsamer Feind gefunden wird, der das Bündnis mit dem kleineren Übel rechtfertigt. So meinte Herr Spiegel auf die Frage, ob es ihn ärgere, wenn Kommunisten in Demonstrationen gegen „rechts“ dabei seien: „Alle, die sich gegen rechts in überzeugendem Engagement wenden, dienen einer guten Sache.“ Wenn er „alle“ sagt, dann sind auch die militanten Antifa-Gruppen und Linksextremisten eingeschlossen. Hauptsache: Es geht gegen „Rechts“. Und das eben meint die Volksfronttaktik.

Die Volksfronttaktik erscheint als ein probates Mittel im Kampf gegen „Rechts“. Die Volksfrontpolitik ist eine Erfindung der Kommunisten. Sie wurde vom 7. Weltkongreß der Komintern 1935 zur verbindlichen Richtschnur gemacht. Sie hatte im Laufe der Zeit unterschiedliche Ziele. In der DDR überzeugten oder zwangen die Kommunisten mit sowjetischer Hilfe alle anderen Parteien, eine antifaschistische Politik zu betreiben. Die Nationale Front mit Einheitslisten aller Parteien war der Weg. Die in der Minderheit befindlichen Kommunisten konnten sich auf diese Weise zunächst an der Macht beteiligen und sie nach und nach durch Zusammenschluß mit der SPD ganz und gar erobern. Derzeit versucht die SPD ihre Basis dauerhaft auch dadurch zu erweitern, daß sie die PDS koalitionsfähig macht, obwohl diese durchaus verfassungsfeindliche Positionen vertritt.

Dies erfolgt auch durch den bis ins Hysterische gesteigerten „Kampf gegen Rechts“. Der gemeinsame Antifaschismus liefert die Rechtfertigung für das Zusammenrücken. Auf Demonstrationen wie am 9. November steht man gemeinsam in einer Front. Dieses Zusammenrücken fällt umso leichter, als sich die Sozialisten nach dem Zusammenbruch des „Real-existierenden Sozialismus“ in der DDR nicht mehr durch ein positives Bild einer sozialistischen Perspektive definieren und rechtfertigen können. Insofern rechtfertigen sie sich aus dem negativen Bild des Antifaschismus. Dazu braucht man faschistische Feinde. Antifaschismus heißt das gemeinsame Band. Und wenn der Feind nicht klar auszumachen ist oder sich als Marginalie darstellt, muß man ihn politisch überhöhen und die Lage dramatisieren. Notfalls muß man ihn erfinden. Denn man braucht ihn zur Selbstrechtfertigung. Mit der durch das faschistische Feindbild gewonnenen Gemeinsamkeit, kann man dann künftige Koalitionen begründen. Dazu der Kommentator der FAZ Stefan Dietrich: „Die CDU-Führung muß sich darauf einstellen, daß Schröder dabei ist, die PDS als feste Größe ins Kalkül zu ziehen und damit ‚die strategische Mehrheit links von der CDU‘, von der schon Brandt geträumt hat, unangreifbar zu machen.“ Dies ist der eine Aspekt der Volksfronttaktik.

Der andere richtet sich gegen die bürgerliche Mitte in Gestalt der CDU/CSU. Man will die CDU/CSU in ein Dilemma zwingen, ihr eine Wahl gewissermaßen zwischen Pest und Cholera zumuten. Entweder die CDU/CSU steigt in das Boot der Anständigen, d.h. der Antifaschisten. Damit wäre ihr verboten, bestimmte Themen im Wahlkampf zu behandeln. Der Kommentator der FAZ Georg Paul Hefty vermutet, die CDU werde dem Zeitgeist nicht widerstehen können und so ihre Themen verlieren. Er schreibt: „Da die Finanzquellen für staatliches Handeln nicht üppiger sprudeln werden, können die Politiker nicht mehr zuvörderst mit materiellen Versprechungen für sich werben. Deshalb rücken gesellschaftspolitische Entwürfe in den Vordergrund, die mit wenig Geld umwälzende Wirkung

erzeugen. Angefangen hatte es mit dem rot-grünen Projekt der doppelten Staatsangehörigkeit, es setzt sich fort mit dem ebenfalls rot-grünen Versprechen der Homosexuellen-Ehe und wird in dieser Wahlperiode darin gipfeln, Deutschland zum Einwanderungsland zu deklarieren. Die Union wird sich, so sehr ihr auch diese gesellschaftspolitischen Kehrtwenden gegen den Strich gehen, nicht auf einen weiteren Kulturkampf einlassen wollen, den sie zwar bei der Wahl in Hessen mit Erfolg angefangen hatte, zu dem ihr aber nun die Kraft fehlt.“

Es ist zu hoffen, daß sich die Kräfte in der CDU durchsetzen, die den Mut haben, alle Themen im Wahlkampf zu behandeln, die auch in der Gesellschaft relevant sind. Laut n-tv vom 11. November 2000 haben 67 % der Deutschen kein Problem damit, das Thema „Ausländer“ auch im Wahlkampf zu behandeln. Und 61 % sind der Meinung, Zuwanderer müßten sich an deutsche Lebensgewohnheiten anpassen. Sogar 89 % sind der Meinung, daß diejenigen, die in Deutschland leben wollen, auch die deutsche Sprache lernen müßten.

Mit dem Appell für den Anstand und die political correctness lockt die Koalition die CDU in die Konsensfalle: Patrick Bahners meint in der FAZ: „Mit solchen Appellen lockt die Regierung die Opposition in die Konsensfalle. Wer aufsteht für Menschlichkeit und Toleranz, der kennt keine Parteien mehr, der kennt auch keine Deutschen mehr, der kennt nur noch Menschen... Hierzulande darf man zwei Selbstverständlichkeiten nicht aussprechen: daß, wer Deutscher werden will, sich an die Landessitten gewöhnen sollte, und, daß die Opposition sich die Wahlkampfthemen nicht von der Regierung vorgeben läßt.“ Wer sich am Aufstand der Anständigen beteiligt, für den gibt es in der politischen Auseinandersetzung bestimmte Tabus. Die Beachtung nimmt der Opposition ein wesentliches Stück ihres Profils und beraubt sie der Fähigkeit zu Kampagnen. Die Koalition will mit ihrer Taktik erreichen, daß der Behandlung bestimmter Themen, wie etwa Zuwanderung und Multikultur, die eine beachtliche gesellschaftliche Relevanz haben, einen Riegel vorgeschoben wird, ein „moralbewehrter Riegel“ versteht sich. Dazu ein unverdächtig Zeuge wie der ehemalige Gefährte des Genossen Joschka, Thomas Schmid, inzwischen bei der FAZ, schreibt: "Da will die SPD einen moralbewehrten Riegel vorschieben - nicht aus Sorge um die zivile Verfaßtheit der Republik, sondern in der frohen Gewißheit, der Union eines ihrer letzten Themen aus der Hand geschlagen zu haben. Die zivilgesellschaftliche Kampagne der SPD, die von Bundespräsident und Bundestagspräsident in durchaus nicht immer überparteilicher Amtsführung unterstützt wird, trägt auf der Rückseite der Medaille das Gesicht des Franz Müntefering, dem das Wohl der Menschheit mit dem seiner Partei - Marke NRW - zusammenzufallen scheint.“

Der sich am Aufstand beteiligende Anständige redet nicht über die Probleme der Zuwanderung, weil er ja sonst zum Brandstifter wird. Entweder steigt also die CDU/CSU ins Boot der Anständigen und verliert Profil und Kampagnefähigkeit oder sie bleibt draußen und wird als Teil der rechten Gewalt in Gestalt des Brandstifters schlechtgeredet. So geschah es der hessischen CDU im Dezember 2000 im dortigen Landtag. Und dadurch reichte die rechte Gewalt bis in die gesellschaftliche und bürgerliche Mitte. So argumentiert die Neue Mitte und alles was links von ihr steht. Wer sich nicht in die Volksfront der Anständigen einreicht und am 9. November nicht zum Appell antrat, der läuft Gefahr als Brandstifter diskreditiert zu werden. Dazu Patrick Bahner: „Der Vorsitzende der CDU wäre allerdings schlecht beraten, sich diese Theorie vom ‚Extremismus der Mitte‘ zu eigen zu machen. Dabei handelt es sich um ein linkes Kampfangument, das nach der Verschrottung des sozialistischen Arsenalts gebastelt wurde. Es dient beispielsweise dazu, daß immer dann, wenn sich Probleme bei der Integration von Ausländern auftun, die Schuld den Deutschen zugeschoben wird.“

Die Erfahrungen mit der Demonstration vom 9. November haben das Dilemma der CDU sichtbar werden lassen. Nachdem das (positive) offizielle Motto: „Für Toleranz und Menschlichkeit“ abgesegnet war, entschloß sich auch die CDU zur Teilnahme. Natürlich war allen die Ambivalenz klar. Es war klar, daß ein wesentlicher Teil der Demonstranten und der Initiatoren indessen nichts anderes wollten als eine Demo gegen „Rechts“. Dies kam auch in vielen mitgeführten Transparenten zum Ausdruck. Auch die Beifalls- und Mißfallensäußerungen belegten diesen Trend. Daß es eine Demonstration gegen „Rechts“ und insofern auch gegen wesentliche Teile der CDU werden würde, war klar. Besonders klar wurde es durch die Rede des Präsidenten des Zentralrates der Juden, deren entscheidende Passage hier zitiert werden muß. Sie lautet: „Wollen Sie eines Tages von Glatzköpfen und deren Vordenkern regiert werden? Das ist die Frage, um die es wirklich geht. Nicht, wie viele Ausländer dieses Land verträgt. Machen Sie Ihre demokratisch gewählten Politiker mitverantwortlich für das, was hier geschieht. Was nützt es, in einer Sondersitzung des Deutschen Bundestages nach den Attentaten auf die Synagogen in Düsseldorf und Berlin in wohl klingenden Reden den Antisemitismus zu verdammen, wenn einige Politiker am nächsten Tag Worte wählen, die missverstanden werden können? Wenn sie die Zuwanderungsfrage heute aus taktischen Gründen zum Wahlkampfthema

machen wollen, von so genannten ‚nützlichen‘ und ‚unnützen‘ Ausländern faseln. Was soll das Gerede um die Leitkultur? Ist es etwa deutsche Leitkultur, Fremde zu jagen, Synagogen anzuzünden, Obdachlose zu töten? Geht es um Kultur oder um die Wertvorstellungen der westlich-demokratischen Zivilisation, die wir in unserem Grundgesetz fest verankert haben?“

Vielleicht kann man seine Rede auch mißverstehen. Ich aber verstehe folgendes: Offenbar handelt es sich für Spiegel bei den Vordenkern der Glatzen um diejenigen, die die Zuwanderungsfrage zum Wahlkampfthema machen und von nützlichen und unnützen Ausländern sprechen. Gemeint ist also z.B. die CDU.

Wie viele Ausländer ins Land kommen ist ihm gleich. Das sei hier eben nicht die Frage. Daß Integrationsfähigkeit und innerer Friede auch eine Funktion der Zahl der Zuwanderer ist, will er nicht wahrhaben.

Er will nicht, daß die Zuwanderungsfrage zum Wahlkampfthema wird.

Er unterstellt, daß der Begriff „Leitkultur“ auch so verstanden werden könne, Fremde zu jagen und Synagogen anzuzünden. Wer so redet, dürfte sich nicht wundern, wenn eine Gegenfrage an ihn lautet, ob es denn israelische Leitkultur sei, Palästinenser zu jagen.

Eine solche Rede zu einem solchen Anlaß, das ist nicht nur ein falsches Signal wie sein Glaubensbruder Ernst Cramer meint: „Und doch war diese Veranstaltung nicht ganz frei von Intoleranz. Nicht wenigen in der Menge ging es nicht nur um Rechtsextremismus; sie waren vielmehr ganz einfach gegen alles, was konservativ, also „rechts“ ist. Das wurde nicht nur einmal deutlich, durch Pfiffe ebenso wie durch Beifall. Auf einem mitgeführten Plakat stand ganz oben „Ruck nach links“ und viele stimmten zu. Das aber ist ein falsches Signal.“

Diese höchst anmaßende Rede ist zutiefst kontraproduktiv. Peinlich ist, daß sich die getroffenen CDU-Politiker betroffen zurückhielten, wenn es um eine Bewertung ging. Man muß aber keineswegs schweigen, wenn ein Herr Spiegel Dinge sagt, die schwer zu verantworten sind. Zumal dann nicht, wenn die Rede jenen Stoff enthält, aus dem das wächst, was Spiegel zu bekämpfen vorgibt: Antisemitismus.

Zaghaft hatte Michael Glos gesagt: „Jeder, der so formuliert, muß sich selber fragen, ob er damit seinem eigenen, berechtigten Anliegen eher schadet als nützt.“ Und darauf kam die ebenso frapperende wie entlarvende Antwort des Zentralratspräsidenten: „Ob ich mit diesen Äußerungen dem jüdischen Anliegen geschadet habe, liegt nicht im Ermessen von einigen Unions-Politikern oder einem Politiker, sondern das liegt ausschließlich im Ermessen unserer Gremien des Zentralrats.“

Der Zentralrat ist also die letzte Instanz der Bewertung und nicht die angesprochenen Menschen. Das ist mehr als ein Hinweis auf die Leitkultur. Das ist die Ausrufung des Zentralrats zur Leitinstanz in Deutschland. Die Rede war nicht gut zu diesem Anlaß. Das ist die bescheidenste Kritik, die man üben muß. Auch hier wäre der Mut aller Anständigen gefragt. Immerhin las man in der FAZ: „Doch war sein Angriff weder klug noch angemessen. Friedrich Merz auch nur in feinsten Andeutung zu unterstellen, er könne mit seiner Rede von der deutschen Leitkultur verlangt haben, ‚Fremde zu jagen, Synagogen anzuzünden, Obdachlose zu töten‘, verletzt die Spielregeln des zivilen Umgangs. Die Union einerseits als Teil der bürgergesellschaftlichen Feuerwehr zum Mitveranstalter der Demonstration zu machen und ihr andererseits zu unterstellen, sie stehe in den Reihen der Brandstifter: Das geht einfach nicht.“

Weil eine solche, gegen alle konservativ-rechts gerichtete Tendenz der Demonstration vorher erkennbar war, war es eine begründete Frage, ob die CDU/CSU offiziell teilnehmen sollte. Eine wahrhaft schwierige Frage. Gewiß waren sich die Oberen der Partei über die Risiken im Klaren. Sie kannten das Dilemma. Man sollte sie nicht zu sehr tadeln wegen der Teilnahme. Man muß sie aber tadeln wegen des peinlichen Schweigens danach. Gewiß war es eine Falle wie Frau Steinbach meint: „Die Union ist in die Antifafalle getappt...Es war doch eine peinliche Veranstaltung für die Partei, weil schnell deutlich wurde, daß sich die Demonstration auch gegen sie richtete.“

Aber in diese Falle ist man nicht unbewußt, versehentlich oder aus Dummheit hineingetappt. Vielmehr hat man sich bei der Abwägung der Risiken für eine Teilnahme entschieden. Nun aber sollte allen klar sein, worum es ging und geht. Es geht um den Aufbau einer Volks- und Einheitsfront aller, von links

bis zur Neuen Mitte. Das sollen die Anständigen sein. Was rechts von der Neuen Mitte steht ist der Feind, ist der Unanständige. Entweder ist er Täter oder Brandstifter und Zünder. Diese Falle kann man nur dadurch vermeiden, indem man sie durch Beschreibung markiert und umgeht. Tut man es mutig und konsequent, wird diese Fallenstellerei bei den Deutschen nicht zum Erfolg führen. Da die losgetretene Kampagne sich in Wahrheit gegen die Unionsparteien richte, gibt Arnulf Baring ihnen den Rat, sich couragiert zu wehren. Falls sie sich nicht wehren, werden sie untergehen. Wehren sie sich, werden sie es zwar zunächst schwer haben, letztendlich aber Erfolg haben.

Ganz offensichtlich handelt es sich bei diesen Bemühungen der Koalition und großer Teile der Presse um eine praktische Anwendung der political correctness. Faktisch bedeutet dies eine Einschränkung der Meinungsfreiheit. Es geht gar nicht mehr nur darum, die Gewalt zu bekämpfen, sondern bestimmte Gesinnungen und Meinungen als rassistisch, fremdenfeindlich und antisemitisch abzustempeln. Insofern wird nicht nur, und nicht einmal vorzugsweise, die Gewalt als Mittel der Politik geächtet, vielmehr geht es darum, einen Meinungs- und Gesinnungsterror auszuüben. Gemeinhin geht man davon aus, daß die Gedanken frei sind und die Meinungsfreiheit ein Kernstück der Demokratie darstellt. Die Auswirkungen der political correctness kommen einer „weichen Diktatur“ nahe (Schrenck-Notzing). Nach dem Willen der Tugendwächter sollen Felder der Meinungsbildung ausgeblendet werden, die in anderen Ländern tabulos diskutiert werden und auch in Deutschland zu den Themen gehören, die die Bürger bewegen. Gerade die Ausblendung und Tabuisierung birgt nicht nur die Gefahr der Entmündigung der Bürger, sondern auch die einer Stärkung des Extremismus. Vielleicht brauchen das manche zur Erhaltung ihrer Feindbilder. Dazu noch einmal Berthold Kohler in der FAZ: „Die Beschneidung des Meinungsraumes, ob aus parteitaktischen oder ideologischen Gründen betrieben, birgt jedoch größere Gefahren für die Demokratie als die meisten eifertig für ‚undemokratisch‘ erklärten Meinungen und die notwendige politische Auseinandersetzung mit ihnen. Denn das (Wahl-)Volk folgt nicht gehorsam den Vorgaben, was es als Bereicherung ansehen soll und was es nicht als Bedrohung begreifen darf. Sollten beide Volksparteien den Eindruck vermitteln, daß sie weitverbreitete Meinungen und Sorgen nicht ernst nehmen, dann könnten davon gerade die Extremisten profitieren.“

*„Und er kommt zu dem Ergebnis:
Nur ein Traum war das Erlebnis.
Weil, so schließt er messerscharf,
nicht sein kann, was nicht sein darf.“
(Christian Morgenstern)*

3. Die Fakten und die Hysterie

Natürlich wissen wir alle, daß auch das sein kann, was nicht sein darf. Gesetze sind für den Bösewicht keine unüberwindbaren Schranken. Palmström will das nicht wahrhaben. Deshalb schließt er messerscharf, daß nicht sein kann, was nicht sein darf. Bei der Diskussion um rechtsextreme Straftaten haben wir es offenbar immer wieder mit einer Art auf den Kopf gestellten Palmström zu tun. Es gibt solche, die auch Dinge wahrhaben wollen, die gar nicht sind. Der Wunsch als Vater des Gedankens beschwört Bilder, die der Wirklichkeit nicht entsprechen. Das Postulat „Fakten, Fakten, Fakten“ hat seinen Reiz offenbar verloren. Denn wir beobachten dreierlei:

1. Der gravierende Anstieg rechtsextremer Taten wird teilweise herbei geredet.
2. Man ordnet unbewiesene Sachverhalte dem Rechtsextremismus zu.
3. Man tut so, als geschehen in Deutschland Dinge, die dem Rest der Welt fremd sind.

Es soll hier nicht darum gehen, eine Bagatellisierung des Geschehens zu betreiben, sondern es geht darum, die verfälschende Dramatisierung darzustellen.

Im vergangenen Sommer bestimmte das Thema „Rechtsextremismus“ die politische Tagesordnung. Keine Zeitung, kein Tag ohne eine entsprechende Berichterstattung oder diesbezügliche Kommentare. Manchmal mußten bescheidene Vorgänge das Thema am Kochen halten. Schon wenn ein Besoffener irgendwo im Lande das Horst Wessel Lied grölte, war das eine Schlagzeile wert. Als Beispiel möge folgende Meldung dienen: Überschrift: „Wieder rechtsgerichtete Zwischenfälle in der Mark“ Text der Meldung: „Die Polizei in Brandenburg muss sich erneut mit rechtsgerichteten Zwischenfällen beschäftigen. In Paretz wurden am Dienstag Polizeibeamte zu einer Wohnung gerufen, aus der lautstarke ‚Sieg Heil‘-Rufe kamen.“

Zwei der vier dort zechenden Personen wurden festgenommen, nachdem sie, auch in Anwesenheit der Polizisten, ‚Sieg Heil‘ gerufen hatten, wie die Polizei am Mittwoch mitteilte. Alkoholtests bei den beiden 17 und 25 Jahre alten Männern ergaben Werte von 1,93 und 3,13 Promille. Bisher noch unbekannt Täter hängten an einer Brücke über der A 11 zwischen den Anschlussstellen Warnitz und Gramzow Transparente mit rechtsgerichteten Parolen auf. ‚Das Reich kommt wieder‘, auf das andere über der Gegenfahrbahn befestigte ‚Deutschland ist größer als die BRD‘. Damit soll angedeutet werden, daß nicht alle Vorgänge, die in diesem Zusammenhang statistisch erfaßt werden, von gleicher Qualität sind. Man tut so als zittere die Republik, wenn ein Besoffener ‚Sieg Heil‘ schreit.

Der Anfang der Debatte begann mit dem Bombenanschlag in Düsseldorf. Ein schrecklicher terroristischer Anschlag. Er wurde bisher nicht aufgeklärt. Obwohl die Täter bisher nicht ermittelt wurden, wurden sie im rechtsradikalen Milieu gesucht. Der Generalverdacht funktionierte. Andere Verursacher können jedoch keineswegs ausgeschlossen werden - auch nicht eine russisch-jüdische Mafia.

Was hätten wir für einen Sommer gehabt, hätte man die Täter sofort ermittelt und feststellen müssen, daß es keine Rechtsextremisten waren. Nicht auszudenken. Der danach folgende Anstieg von Straftaten, die der rechtsextremen Szene zugeordnet werden können, ist sicher auch auf den durch die hysterische Diskussion hervorgerufenen Nachahmungseffekt zurückzuführen.

Auch die Tatsache, daß infolge der heftigen Diskussionen von der Polizei intensiver ermittelt und von den Bürgern intensiver gemeldet wurde, hat zu einem statistischen Anstieg geführt, der eben nur Folge der Diskussion war. Die hysterische Diskussion schuf teilweise das, was sie zu bekämpfen

vorgab. Die Statistik der letzten Jahre macht deutlich, daß es einen dramatischen Anstieg von Straftaten aus dem rechtsextremen Bereich nicht gibt.

In einer Pressemitteilung vom 11. August 2000 berichtete der Innenminister des Landes Brandenburg wie folgt:

„Im ersten Halbjahr zeichnet sich im Vergleich zum Vorjahreszeitraum ein Rückgang bei den Staatsschutzdelikten ab.

Insgesamt gab es in diesem Zeitraum **144 rechtsgerichtete Straftaten**. Im ersten Halbjahr 1999 waren es dagegen noch 165 Delikte. Davon waren **59 propagandistisch** (Vorjahreszeitraum: 64), **34 gewalttätig** (39) ausgerichtet. 30 dieser Gewalttaten waren gegen Personen gerichtet (24).

In den einzelnen Phänomenbereichen gestaltete sich die Entwicklung folgendermaßen: Insgesamt gab es 74 rechtsextremistisch motivierte Delikte (Vorjahreszeitraum: 88). Davon waren 55 im Propagandabereich (61) und vier im Gewaltbereich (6). Bei den vier Gewaltdelikten handelt es sich ausschließlich um Übergriffe auf Personen (2).“

Für die derzeitige Dramatisierung - die wievielte eigentlich? - gibt es also keine objektive Veranlassung. Gewiß ist jede dieser Taten eine zu viel. Aber von einem ungewöhnlichen Anstieg kann nicht die Rede sein. Es ist auch zu berücksichtigen, daß ein wesentlicher Teil der Delikte sogenannte Propagandadelikte sind - also keine Gewalttaten. Derartige Delikte gibt es nur für die Rechtsextremisten. Dies muß bei einem Vergleich mit Straftaten Linksextremer berücksichtigt werden. Linksextreme können keine Propagandastraftaten begehen, weil es keine entsprechenden Tatbestände gibt. Auch sollte man beachten, daß viele dieser Straftaten nur in Deutschland verübt werden können, wegen der Vergangenheit, die nicht vergeht.

Bezogen auf die sogenannten antisemitischen Straftaten - einen Teil der rechtsextremistischen - sieht die Statistik für Berlin für die Jahre 1998 und 1999 folgendermaßen aus:

Antisemitische Straftaten stellen sich also überwiegend dar als

- Schmierereien oder andere Beschädigungen an jüdischen Mahnmalen, Gedenkstätten und Gräbern;
- Diffamierung jüdischer Institutionen und ihrer Vertreter durch Telefonanrufe oder anonyme Briefe;
- Propagieren der sogenannten Auschwitzlüge

Auch diese notwendige Differenzierung sollte journalistische Verantwortung berücksichtigen. Ein wesentlicher Teil der Delikte ist in anderen Ländern überhaupt nicht strafbar.

Mit Relativierungen muß man stets vorsichtig sein. Dennoch: Auch in Frankreich, England und Spanien werden Straftaten gegen Ausländer begangen - die Motive sind vergleichbar, die Zahlen auch. Ist allerdings Deutschland davon betroffen, bekommt die Sache einen noch unheilvolleren Aspekt. Dort lastet die Geschichte mehr auf der Gegenwart als irgendwo anders, meint „La Republica“. Deutschland bildet jedenfalls keine negative Ausnahme in Europa. Wo vergleichbare Strukturen existieren, gibt es vergleichbare Probleme. Eine positive Ausnahme ist - man lese und staune - Österreich: Dort sind ausländerfeindliche Straftaten weitgehend unbekannt. Die drei Weisen haben das zur Kenntnis nehmen müssen. Vielleicht sollten sie auch einmal einige andere Länder besuchen. Da liegt die Frage nahe: trotz oder wegen Haider? Ich denke: auch wegen der FPÖ. Rechts von der ÖVP existiert eine legitimierte Partei, die Ausländerthemen nicht tabuisiert, sondern behandelt. Hinzu kommt, daß die FPÖ Regierungsverantwortung trägt. Schlimm? Durchaus nicht! Verantwortung diszipliniert und mäßigt. Dies ist eine Erfahrung, die viele Oppositionelle haben machen müssen. Zum Beispiel auch die Grün-Alternativen: Ziel ihrer teilweise gewalttätigen Aktionen waren zwar nicht Ausländer, sondern die Polizei, der Staat und Vertreter der Wirtschaft. Und einer von ihnen - Joseph Fischer -, der solche Gewalt mobilisierte und rechtfertigte, gibt heute gute Ratschläge gegen Rechts und äußert Empörung. Sagt jemand, daß er heuchelt? Die Einbeziehung in die Verantwortung hat ihn und seine Partei zahm werden lassen. Auch hier und heute gilt: Die jungen Menschen, die Ideologie kaum buchstabieren können, gilt es einzubeziehen. Man muß auf sie zugehen. Isolation ist der falsche Weg.

Als es in Düsseldorf zu einem, glücklicherweise harmlos verlaufenen Anschlag auf eine Synagoge

kam, war die Zuordnung zu rechten Gewalttätern im Rahmen des praktizierten Generalverdachts eine Selbstverständlichkeit. Der Generalverdacht wurde schon mehrfach zum Vater falscher Gedanken. Es folgten die üblichen Bekundungen. Aber schließlich stellte sich heraus, es waren keine deutschen Rechtsextremisten, sondern Araber, die ihren Zorn auf Israel auf diese Weise ausdrücken wollten.

Schon Anfang 1994 meldete eine 17jährige Rollschuhfahrerin einen Überfall von Skinheads, die ihr ein Hakenkreuz auf ihre Wange geritzt hätten. Es gab große Aufregung, landesweite Proteste, weltweite Aufmerksamkeit. Aber schließlich kam heraus, das Mädchen hatte sich selbst malträtiert, um Aufmerksamkeit zu erregen.

Am 5. September 1995 brannte in Lübeck das libanesisches Lokal „La Palma“ aus. Ein Türke und eine Deutsche starben in benachbarten Wohnungen. Der ehemalige türkische Ministerpräsident Yilmaz besuchte den Brandort, Klaus Kinkel brachte gegenüber der türkischen Regierung „Trauer und Scham“ zum Ausdruck. Es war aber kein ausländerfeindlicher Anschlag, sondern Brandstiftung zum Zwecke des Versicherungsbetruges durch den libanesischen Besitzer des Lokals.

Im Januar 1996 brannte in der Hafestraße in Lübeck ein Asylbewerberheim. Es gab zehn Tote. Auch hier war der Tatverdacht für die Öffentlichkeit klar. Schließlich urteilte 1997 das Lübecker Landgericht, das Feuer sei mit großer Sicherheit von einem oder mehreren Flüchtlingen selbst gelegt worden.

Im März 1997 brach in einer Krefelder Wohnung ein Feuer aus, dem eine Mutter und zwei Kinder zum Opfer fielen. Wieder gab es Trauer, Märsche, Proteste, eine Intervention des türkischen Ministerpräsidenten, die der Bundesregierung eine Mitschuld am rechtsradikalen Anschlag attestierte. Der türkische Botschafter kondolierte dem überlebenden Familienvater. Der aber hatte selbst das Feuer gelegt, wie sich später herausstellte.

Die Diskussion um den Tod des sechsjährigen Joseph ist noch hinreichend im Gedächtnis. Es war für einige Medienorgane ein höchst peinlicher Fall.

Auch in Italien ereignete sich ein Fall, der großes Aufsehen erregte. Ein Professor hatte einen rechtsextremen Anschlag vorgetäuscht, um abzulenken. Auch dies sind Früchte einer Hysterie, die urteilt, ehe die Fakten hinreichend bekannt sind.

Bundespräsident Rau forderte während seines Besuches in Sebnitz im Dezember 2000 die betreffenden Presseorgane auf, sich zu entschuldigen. Davon war bisher keine Rede. Trotzig war die überwiegende Reaktion, indem man sagte, die neuen Erkenntnisse änderten doch nichts an den Grunddaten, denn auch wenn es nicht so war, es hätte gut so sein können in unserem Lande. Der auf den Kopf gestellte Palmström läßt grüßen. Dazu schreibt Berthold Kohler in der FAZ: „Die vielen Gerechten in Deutschland fragen - die Fälle Sebnitz und Düsseldorf zeigen es - nicht länger danach, ob etwas tatsächlich so war, wie es in einer kollektiven Furcht erscheint. Es reicht vielmehr die Bejahung der Frage, ob es so hätte sein können. Daß viele sich vorstellen können, daß ein Junge unter den Augen einer Stadt von einer Horde Rechtsextremer ertränkt wird, wird dann als unwiderlegbarer Beweis dafür genommen, welch ungeheuerliches Ausmaß rechtsextremistische Ausländerfeindlichkeit in Deutschland schon angenommen hat. Daß solche Bewußtseinslagen nicht bis ins letzte der Wirklichkeit entsprechen müssen, bringt nur wenige zum Zögern.“
Wenn es so irrational weitergeht, könnten wir uns eines Tages in der Rolle des Zauberlehrlings wiederfinden, der die Geister, die er rief, nicht mehr los wird.

Die Dramatisierung der Daten wird auch an einem anderen Vergleich deutlich. Während man in Deutschland nach deutschen Rechtsextremisten als Täter für antisemitische Straftaten suchte, registrierte das Simon Wiesenthal Center 100 Vorfälle in Frankreich, von denen 59 als „most serious“ bezeichnet wurden. Demgegenüber wurden in Deutschland „lediglich“ 6 Fälle registriert, den Düsseldorfer Vorgang eingeschlossen. In der israelischen Zeitung Haaretz hieß es, diese Welle von Attacken gegen die jüdische Seite sei seit dem Beginn der Konfrontation in den „territories“ entstanden. Von den 200 an der Zahl ereigneten sich also 100 in Frankreich, 14 in Großbritannien, 11 in Belgien. Und - wie gesagt - 6 in Deutschland. Und der Hintergrund war: Der Konflikt im Nahen Osten.

So erscheint es denn immer noch ratsam zu sein, die Tatsachen sprechen zu lassen und nicht die Vorurteile. Die Hysterie der Vorurteile entwickelt sich leicht zu einer selbst erfüllenden Prophetie (self

fulfilling prophecy). So kann man zum Schaden seines Landes das herbei reden, was man angeblich nicht wünscht.

Nichts ohne Ursach.

(Franz v. Sickingen)

Denn wenn man will ernten,

so muß man auch sä'n.

(Gottfried August Bürger)

Aus faulen Eiern werden keine Küken.

(Wilhelm Busch)

4. Ursachen und Lösungsansätze

Wenn es Gewalt gibt, darf man nach dem harten Staat rufen und, wo sinnvoll, verschärfte Gesetze verlangen. Man muß aber auch fragen, was die Ursachen sind, wenn junge Menschen den Weg der Gewalt gehen. Von Arbeitslosigkeit und Zukunftsangst ist da die Rede. Für andere hat die Schule versagt oder die westliche Bundesrepublik bei der Integration der östlichen Hälfte. Der Gründe mag es viele geben. Einer ist jedenfalls dieser: Es kann kaum einen Zweifel geben, daß zwischen Ausländerzuzug und Arbeitslosigkeit ein Zusammenhang besteht. Die Regierung Schmidt verfügte 1973 einen Anwerbestopp, weil es zu großer Arbeitslosigkeit kam. Haben wir vielleicht doch zu viele und nicht die richtigen Ausländer hereingelassen? Mit Green oder Blue Cards versucht man jetzt, die Richtigen zu holen, die eigenen Arbeitslosen wurden nicht entsprechend ausgebildet. Neuerdings heißt es, man müsse die Ausländerpolitik stärker an deutschen Interessen orientieren. Da gibt es einen Sachverhalt, der sich nicht reimt. Erst hörte man, wir brauchen die Ausländer, weil die Deutschen zu fein und zu faul seien, die niedrigen Arbeiten zu verrichten. Den Ausländern die Drecksarbeit. Und nun hört man, wir haben nicht genug IT-Fachleute. Wir bräuchten die Ausländer fürs High-Tec. Den Ausländern die hochqualifizierten Arbeiten. Glaubt man denn wirklich die vier Millionen Arbeitslosen plus ABM-Kräfte seien allesamt so doof, daß nicht mal 10.000 zu IT-Fachleuten hätten ausgebildet werden können? Das eben reimt sich nicht. Und die Bürger spüren das. Und sie kommen sich besonders blöd vor, wenn sie für blöd gehalten werden. Wir brauchen 10.000 Green Card Inder, weil wir Deutschen zu blöd sind. Wer kann das ernst nehmen? Japan hat fast keine Ausländer aufgenommen und schon gar keine aus fremden Kulturkreisen. Deshalb hat Japan keine derartigen Probleme. Bin ich ein Ausländerfeind, wenn ich auf diese Zusammenhänge hinweise? Wer durch Masseneinwanderung ein Multi-Kulti-Land ins Leben rufen will, der muß wissen, welche Probleme das mit sich bringt. Multikulturelle Gesellschaften sind latente Konfliktgesellschaften. Die Zahl der Zuwanderer sollte nicht höher sein, als der Arbeitsmarkt verkraften kann.

Die Ausländerfeindlichkeit in den neuen Ländern ist besonders hoch. Das hat sicher auch, wie Sachsens Ausländerbeauftragter meint, mit der „Bindungslosigkeit“ der jungen Menschen zu tun. Sie ist das Produkt einer autoritären Gesellschaft. Im Westen haben sich Menschen jahrzehntelang an den Umgang mit Fremden gewöhnen können - zu einer Zeit, als Arbeitslosigkeit kein Problem war. Man holte die Gastarbeiter, als man mehr Arbeit als Arbeiter hatte. In den neuen Ländern kommt die Begegnung plötzlich. Und die Fremden sind primär keine Gastarbeiter, sondern „arbeitslose“ Asylbewerber und Flüchtlinge.

Immer häufiger weisen derweil Stellungnahmen unverdächtigter Zeugen darauf hin, daß gerade die von der politischen Linken geforderte und gepflegte Scham- und Schuldkultur, die den Deutschen jedweden Stolz und das Deutschsein selbst austreiben will, eine Ursache für den vorhandenen Rechtsextremismus darstelle.

Eine solche von Selbsthass und Deutschfeindlichkeit gekennzeichnete Politik der linken politischen Elite, werde weder die Integration von Ausländern fördern, noch den Rechtsextremismus beseitigen. Vielmehr müsse man den tieferen Grund für den Rechtsextremismus in einem nationalen Vakuum suchen. So schreibt die russisch-jüdische Autorin Sonja Margolina in der Süddeutschen Zeitung wie folgt: „Die Migranten kommen meist aus traditionellen Gesellschaften, in denen Nationalismus und entsprechend nationaler Zusammenhalt, kollektive Solidarität und militant gefärbte Männlichkeit Sitte sind. In Deutschland treffen sie auf eine Kultur, die sich der eigenen Nationalität schämt, Selbsthass für die Norm hält und sich als deutsch verleugnet und lieber „europäisch“ nennt. Eine solche Kultur, die ihren Eigenwert gerade in der Leugnung des Nationalen sieht, kann für Migranten, die auf ihre

neue Heimat stolz sein wollen, nicht sonderlich attraktiv sein. Die „Überwindung“ des Nationalen ist daher keine Bedingung für eine erfolgreiche Integration, wie die Politik suggeriert, sondern im Gegenteil ein ernsthaftes Hindernis. Förderlich ist die nationale Sprachlosigkeit indes für den militanten deutschen Rassismus.“

Ohne Selbstbewußtsein und Stolz kann kein Mensch leben. Zwar meint die Autorin des vorangegangenen Zitats, der mittlere Weg eines „patriotischen Nationalismus“ sei wegen der besonderen Geschichte Deutschlands kaum möglich. Dennoch liegt die Lösung in diesem geläuterten Patriotismus, zu dem wir finden müssen. Bezeichnend dafür ein Leserbrief an die Frankfurter Allgemeine Zeitung, der es verdient in voller Länge zur Kenntnis genommen zu werden. Er trifft den Nagel auf den Kopf.

„Am 6. Oktober sah ich inmitten eines Häufleins Deutscher in einem brechendvollen englischen Studenten-Pub die Übertragung des Weltmeisterschafts-Qualifikationsspiels Deutschland gegen England. Als zu Beginn die englische Nationalhymne erklang - die deutsche wurde mißachtet -, standen alle jungen Briten auf und sangen, Hand auf dem Herzen, aus voller Kehle „God save the Queen“. Unter den patriotischen Sängern bemerkte ich zahlreiche braune und schwarze Gesichter. Wir Deutschen fragten uns anschließend, ob nicht einem nationalbewußten, sich selbst achtenden Volk die Integration Fremder letztlich besser gelingt als einem nationalneurotischen, das bei jedem antifaschistischen Peitschenknall sofort ängstlich zusammenzuckt und sich von einer Klasse beherrschen läßt, die sich auf Kosten des eigenen Volkes profiliert, sich der „Volksgemeinschaft“ zwar noch als Buß- und Zahlgemeinschaft bedient, deren Ziel es ansonsten aber zu sein scheint, das deutsche Volk gegen eine aus aller Welt zusammengelaufenen „Bevölkerung“ umzutauschen und Einwanderung als Strafaktion zu betreiben.

Vor einigen Jahren kam eine meiner Töchter mit folgendem Schulerlebnis nach Hause: Eine Lehrerin hatte mit viel Engagement über die Gefahren des Nationalismus gesprochen und darüber, daß er immer und überall, wo er sein blutiges Haupt erhebe, bekämpft werden müsse und daß er überhaupt überholt sei. Multikulti sei zeitgemäß. Daraufhin meldete sich eine junge Türkin und sagte, das könne ja wohl, wenn überhaupt, nur für die Deutschen gelten. Wenn die sich ihrer Nation schämen wollten, sei das ihre Sache. Sie jedoch werde auf ihren türkischen Nationalismus niemals verzichten und sei stolz, Türkin zu sein. Dies ärgerte die deutschen Mitschüler, die daraufhin der Türkin die Armenier und Kurden um die Ohren zu hauen begannen. Eine Auf- und Abrechnungsspirale drohte in Gang zu kommen. Die Lehrerin saß in der Klemme. Ihr Unterricht war kontraproduktiv gewesen. Was sollte sie tun? Dem Mädchen seinen türkischen Nationalstolz austreiben zu wollen, um die Rückständige am neuesten deutschen Wesen genesen oder - richtiger - erkranken zu lassen, wäre ja wohl ausländerfeindlich gewesen.

Die meisten Deutschen haben kein Problem mit ihrer Nation und müssen es auch nicht haben - trotz allem. Sie wären so normal wie ihre Nachbarn, wenn ihre „herrschende Klasse“ sie ließe. Die aber injiziert ihnen immer von neuem die alten Komplexe und verhindert so die Entwicklung eines normalen Nationalbewußtseins, das der beste Schutz gegen nationalistische Fieberanfälle ist. Antinationaler linker Hochmut und multikultureller Missionarismus rufen jedoch die Krankheit erst hervor, gegen die sie sich anschließend als Heilmittel empfehlen. Ist es Zufall, daß es den aggressivsten Chauvinismus gerade dort gibt, wo der Antifaschismus Staatsdoktrin war? Es scheint allgemeiner Konsens darüber zu herrschen, daß der aufkeimende Rechtsextremismus eine Folge von zuwenig Information über den Nationalsozialismus ist. Diese Leier erklingt seit 50 Jahren. Könnte es nicht genau umgekehrt sein? Vielen hängt das Thema zum Halse heraus, und die Intelligenteren haben längst den zynischen Opportunismus durchschaut, mit dem das Thema von der Linken als politische und moralische Allzweckwaffe mißbraucht wird.“ (Ulrich Helsper, Koblenz)

Das Ursachengeflecht ist komplex. Das Handlungskonzept des Staates muß es auch sein: von der Schule und der Wertevermittlung bis zu Polizei und Strafverfolgung. Über Parteienverbote kann man reden. Sie lösen das Problem nicht. Rituelle Veranstaltungen - wie Lichterketten - bringen nichts. Die Dramatisierung in der Presse schafft eher Nachahmungstäter.

*Man kann den Teufel nicht durch
Beelzebub austreiben.
(Nach Mt 12, 22-32; Mk 3, 22-30!
Lk 11, 14-23)*

*Man kann den Teufel nicht durch
Beelzebub austreiben.
(Nach Mt 12, 22-32; Mk 3, 22-30!
Lk 11, 14-23)*

5. Mit links gegen rechts?

„Mit links gegen rechts“ ist ein Beitrag überschrieben, den Professor Dr. E. Jesse am 26. Oktober in der FAZ publizierte. Er berichtet, daß in den siebziger und achtziger Jahren der gewalttätige Extremismus von links den von rechts um ein Mehrfaches übertrafen habe. Nach der Wiedervereinigung habe sich das geändert. Dennoch ging die Zahl der Straftaten von Extremisten insgesamt zurück.

40 % der linksextremistischen Gewalttaten richten sich gegen tatsächliche oder vermeintliche Rechtsextremisten. „So gingen im Jahre 1999 299 (1998: 261) Gewalttaten gegen tatsächliche oder vermeintliche Rechtsextremisten auf Linksextremisten zurück, umgekehrt 53 (1998: 101) Gewalttaten gegen tatsächliche oder vermeintliche Linksextremisten auf Rechtsextremisten.“ Jesse führt die Überlegenheit der Linksextremisten auf zwei Sachverhalte zurück. Einerseits seien sie besser vernetzt, andererseits legitimieren sie sich stärker durch den Kampf gegen den Faschismus. Entscheidend ist zunächst die Erkenntnis, daß im Hinblick auf die Zahl der Gewalttaten kein beachtenswert großer Unterschied besteht. Daher darf es sich kein demokratischer Staat erlauben, sein Augenmerk nur auf die Bekämpfung rechter Gewalt zu legen. Die derzeitige Fokussierung auf einen Kampf gegen rechte Gewalt ist geeignet, sich das Urteil des Messens mit zweierlei Maß einzuhandeln. Hinsichtlich der Bekämpfung eines gewalttätigen Extremismus hat der Staat die Augen nach beiden Seiten offen zu halten. Nun begegnen wir aber auf der linken Seite einer besonderen Variante des Kampfes gegen den Faschismus. Tatsächlich gehört es zu den Lebenserfahrungen eines jeden „Rechten“ - auch außerhalb des Extremismus - den antifaschistischen Kräften begegnet zu sein.

Wenn DIE DEUTSCHEN KONSERVATIVEN einen Kongreß veranstalten, dann können sie mit Gewißheit davon ausgehen, beobachtet zu werden. Denn mit schöner Regelmäßigkeit wird in einem der Antifa-Blätter darüber berichtet. Natürlich hat sich keiner der Berichtersteller als Journalist oder anderweitig bekannt. Man mogelt sich rein und klärt die Menschheit auf. Daß dies „tendenziell“ geschieht ist klar. Wenn DIE DEUTSCHEN KONSERVATIVEN mehrere Male an einem Ort getagt haben, dann kann es geschehen, daß irgendwelche Gruppen sich beim Hotelier melden und wissen lassen, daß er da eine sehr dubiose rechtsextreme Gruppe beherberge. Die tate der Gegend nicht gut und könne auch leicht zu seinem Schaden werden. Es könnte Antifa-Demos geben oder auch Absagen von anderen Gruppen. Darf man da von Hoteliers Heldenmut verlangen? Natürlich kneifen sie in der Regel.

Genauso wie die Kioskbesitzer, die die Junge Freiheit vertreiben wollen. Da erscheinen dann einfach ein paar Jugendliche und klären sie über das „neofaschistische“ Blatt auf und meinen, daß er das doch nicht vertreiben solle, weil ihm ja sein Kiosk lieb und wert sei. Natürlich ist ihm der lieber als der Vertrieb der Jungen Freiheit. Schließlich weiß er was ihm droht: Zerschlagene Scheiben, vielleicht ein Molotow-Cocktail. Wie andere Presseorgane die Pressefreiheit achten, ersieht man aus dem folgenden Beitrag des Tagesspiegel: **„Propaganda macht neugierig**
Potsdamer Kampagne gegen Naziblätter an Kiosken

Potsdam. Zwölf junge Leute der Potsdamer Kampagne ‚Stoppt Nazi-Zeitungen‘ rollen vor dem Zeitungskiosk im Nuthe-Havel-Center ein Plakat aus. ‚Rassistische und faschistische Propaganda stoppen‘ prangt darauf. Florian T. hält eine ‚National-Zeitung‘ aus dem Verlag des DVU-Vorsitzenden Gerhard Frey in der Hand. ‚Die gibt’s dort unter der Ladentheke‘, sagt er und weist in Richtung Kiosk. Der 28-jährige kehrt in den Laden zurück, um die Verkäuferin über Inhalt und Tendenz des Blattes

aufzuklären, das in der betreffenden Ausgabe etwa den ‚Tag der Nationalen‘ in Passau mit Auschwitz-Leugner David Irving anpreist.

Der Kiosk-Besitzer brandmarkt die Aktion als ‚geschäftsschädigendes Verhalten‘. Außerdem sei die Verkäuferin ‚eingeschüchtert‘ worden. Die zwei Zeitungsexemplare, die er täglich bekommt, will er aus ‚geschäftlichen Gründen‘ weiter verkaufen. Wegen der geringen Nachfrage blieben sie auch unter der Theke. Ein älterer Stammkunde verlange seit fünf Jahren nach der DVU-Postille, aber eben auch nach anderen Produkten, erklärt der Geschäftsmann mit Blick auf seinen Umsatz. ‚Moral hin, Moral her‘, dann dürfe er auch Sex- und Waffenjournale nicht mehr verkaufen.

Von derlei Aussagen, die Florian T. als ‚mangelnde Zivilcourage‘ bezeichnet, lassen sich die Mitglieder der Initiative aus dem Kreis der Antifaschistischen Aktion Potsdam nicht entmutigen. Denn Ähnliches haben sie schon oft gehört, seit sie die Kampagne im Mai 1999 mit Rundbriefen an Kioske, Supermärkte und Tankstellen in Potsdam starteten. Mit öffentlichen Plakataktionen verliehen sie ihrem Anliegen Nachdruck. Die Jugendlichen wollen die Kioskbesitzer dazu bewegen, Zeitungen des rechten Spektrums wie die ‚National-Zeitung‘, das NPD-Organ ‚Deutsche Stimme‘ und das Intellektuellen-Blatt ‚Junge Freiheit‘ aus dem Sortiment zu nehmen. Mit dem Verkaufsgewinn würden rechte Parteien ihre Aktivitäten finanzieren und vor allem neue Mitglieder anwerben, begründet Florian T. das Engagement.

Viele Ladenbesitzer hatten ‚keine Ahnung‘, was sie da überhaupt verkauften, erzählt Kampagnen-Mitglied Frank Träger. ‚Die meisten Kiosk-Chefs haben auf unsere Aktion ausweichend reagiert‘, erinnert sich Florian T. So riet ihnen etwa die Zeitungsvertriebsfirma Prima Service Gesellschaft (PSG) aus Berlin, gegen die Herausgeber der rechten Zeitungen ‚Strafanzeige‘ zu stellen. Das ‚Unterdrücken von Meinungen‘ helfe jedoch nicht gegen Fremdenfeindlichkeit. ‚Zensur‘ funktioniere nicht, teilte die PSG mit. Doch die Beharrlichkeit der jungen Leute zahlte sich aus. Viele der angeschriebenen Kioske beugten sich dem Druck und stoppten den Verkauf der rechten Gazetten. Eine Inhaberin habe zwar von ‚linkem Terror‘ gesprochen, die Zeitungen nahm sie trotzdem aus dem Laden.“

Ganz offensichtlich handelt es sich bei diesem Vorgang um eine Einschränkung der Presse- und Informationsfreiheit. Das gilt auch dann, wenn es sich um (erlaubte) Gazetten aus dem rechten Spektrum handelt. Wenn ein potentieller Leser diese Zeitungen nicht kaufen kann, kann er sie auch nicht lesen. Vergleichbares würde für linke Blätter, wie das Neue Deutschland oder Antifa-Postillen gelten, wenn rechte Extremisten in gleicher Weise Kioskbesitzer unter Druck setzen würden. Der nächste Schritt wären Bücherverbrennungen. Der Tagesspiegel aber meldet wohlwollend: Die Beharrlichkeit der jungen Leute zahlte sich aus. Die Pressefreiheit wurde mit Erfolg eingeschränkt. Deshalb darf man feststellen:

1. Es wird vom Tagesspiegel wohlwollend über die Aktionen berichtet, die faktisch eine Beeinträchtigung der Pressefreiheit darstellen. Wenn es etwas zu verbieten gibt, ist das Sache des Staates und nicht selbsternannter Antifa-Truppen.
2. Der Tagesspiegel spricht von einer „Kampagne gegen Naziblätter“. Dies trifft in keinem Falle für die Junge Freiheit zu. Insofern fehlt es an Differenzierung. Die Junge Freiheit als Naziblatt einzuordnen, ist unvertretbar und dürfte von einem Blatt, das solide erscheinen möchte, nicht vorgenommen werden.

Es bleibt merkwürdig, mit welcher Gleichgültigkeit die einen Zeitungen zuschauen, wenn andere unter Druck gesetzt werden und insofern ein Stück Presse- und Meinungsfreiheit verloren geht. Rerum Cognoscere Causa, lautet der Wahlspruch des Tagesspiegel. Entweder sucht er wirklich den Dingen auf den Grund zu gehen oder er sollte den Wahlspruch streichen.

Wenn die Scheibe eines türkischen Ladens eingeworfen wird, schreibt darüber fast jede Zeitung. Es müssen ja Ausländerfeinde von der rechten Seite am Werke sein. Wenn die Scheiben der Büros der Deutschen Konservativen eingeworfen werden, interessiert es keinen Menschen. Wenn ein junger Mensch bei der PDS tätig wird oder beim Neuen Deutschland volontiert, nimmt das niemand zur Kenntnis, obwohl auch die PDS in den Verfassungsschutzberichten erscheint. Wenn ein junger Mann bei der Jungen Freiheit volontiert und die PDS daraus eine Pressemeldung macht, steigen viele Zeitungen ein. Da lebt man schon in einer ziemlich verkehrten Welt.

In einer Pressemeldung des Hellweger Anzeigers vom 14. Oktober 2000 unter dem Titel „PDS verdächtigt JU rechter Tendenzen“ liest man wie folgt: „UNNA. Die Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS), Kreisverband Unna, geht gegen ein Mitglied der Jungen Union, der Jugendorganisation der CDU, vor. Das Parteimitglied hat mir in Gesprächen erklärt, daß er bei der Berliner Wochenzeitung ‚Junge Freiheit‘ ein Praktikum absolviert“, erklärte gestern PDS-Mitglied Friedhelm Schaumann. Die PDS überschrieb daraufhin eine Pressemitteilung mit den Worten: „Ein christdemokratischer Praktikant bei den Rechtsextremen.“ Grund fürs Alarmschlagen: Der Verfassungsschutzbericht spricht im Zusammenhang mit der Jungen Freiheit von „Anhaltspunkte für den Verdacht rechtsextremistischer Bestrebungen“. JU-Vorsitzender Marc Harnisch distanzierte sich gestern energisch von „rechten Ecken“. Er bestätigte das Praktikum des JU-Mitgliedes, sagte aber auch, daß der minderjährige Parteikollege kein Mandatsträger ist und „ganz sicher nicht zur rechten Szene gehört, das ist absoluter Quatsch“. Für die JU werde das Praktikum keine Konsequenzen haben. Der Verfassungsschutzbericht beschäftigt sich auf fünf Seiten auch mit der PDS.“

Diejenigen also, die in Berichten des Verfassungsschutzes ebenso oder gar umfassender erwähnt werden, spielen sich zum Richter auf, und die freie Presse spielt anstandslos mit, als könne man den Teufel mit Beelzebub austreiben.

Am 14. November 2000 hat eine Gruppe von Autonomen ein Lokal im Bezirk Kreuzberg angegriffen und mit Pflastersteinen und Feuerwerksmunition einen hohen Schaden verursacht. Grund: Im Lokal tagten einige betagte Republikaner. Derartiges geschieht fast täglich in diesem unserem Lande. Die Freie Presse ist in der Regel so frei, dies nicht zur Kenntnis zu nehmen, geschweige denn zu kommentieren. Möglicherweise hat man jene klammheimliche Freude daran. Nur gelegentlich erfolgt eine knappe Erwähnung derartiger Vorfälle. Dies geschah wenige Tage nach dem Aufstand der Anständigen. Wahrscheinlich haben die Täter daran teilgenommen.

Dann erhält man zum Beispiel Briefe von einer ANTIFA-Inter-Sektion: BRD, in denen z.B. zu lesen ist: „Adenauer nahm sich Hitlers Globke als Helfer....Die CDU hat den Rassisten: Lummer mit seinem Buch: Deutschland soll deutsch bleiben - als Mitglied. Wenn man das Buch liest - glaubt man - ein Redakteur des ‚Stürmer‘ habe es geschrieben!!!“ Oder man vernimmt, daß die Konservativen ‚eine ultrarechte Nazipartei‘ seien ‚geführt von dem CDU-Mann: Heinrich Lummer!!!!“

Der sächsische Landtagsabgeordnete Lars Rohwer berichtet in der FAZ wie folgt: „Im Freistaat Sachsen werden bereits seit Jahren Zentralisierungsbemühungen der linksautonomen Szene in Dresden und Leipzig beobachtet. Nicht nur Angriffe auf Rechtsradikale, sondern auch auf Vertreter von CDU und FDP haben, vor allem bei Wahlkämpfen, bereits stattgefunden. Dabei finden sich klare Organisationsformen, die unter anderem auch die sogenannte ‚Antifaschistische Recherchearbeit‘ betreffen. Mit Hilfe eines ‚Antifa-Rechercheteams Dresden‘ sollen gezielt Informationen über den vermeintlichen und echten politischen Gegner erlangt werden. Die so beschafften Details werden mit Namensangabe und Foto im Internet, aber auch in Zeitschriften und anderen Druckerzeugnissen publiziert. Ebenfalls versuchen die Linksextremisten gezielt Nachwuchs heranzubilden, indem in Leipzig und Dresden sogenannte ‚Antifa-Schulnetzwerke‘ bestehen, die an Bildungs-einrichtungen im Sinne der Autonomen agitieren sollen.“

In der Tat haben die sogenannten antifaschistischen Kräfte ein ganzes Netz von Gruppen und Publikationen aufgebaut, die der Verleumdung und Diffamierung dienen. Sie haben offenbar gut von der Stasi gelernt. In Blättern wie den „Antifa-Nachrichten“ oder dem „blick nach rechts“ findet man die aufgearbeiteten und eingefärbten Ergebnisse der ständigen Beobachtung in dem schon erwähnten Stil. Stil und Standard dieser Publikationen wird am ehesten durch folgendes Zitat deutlich: „Wir Deutsche sollen nie vergessen: Auch wir hatten vor 1933 bis 1945 einen blutrünstigen Diktator: Sein Name: Adolf Hitler!!! Genosse Josef Stalin - ein überzeugter Demokrat... befreite uns vom Faschismus!!! Dafür wird ihm das ganze deutsche Volk ewig dankbar sein!!!“

Natürlich wird mit einem solchen vor Dummheit strotzenden Zitat die Bedeutung der Antifa-Bewegung nicht hinreichend eingefangen. Vielmehr handelt es sich um eine wohlorganisierte und inzwischen weit verzweigte Organisation. Die Zielorientierung geht letztlich auf die vereinfachte Faschismus Definition Dimitroffs aus dem Jahre 1935 zurück. Sie lautet: „Faschismus ist die offen terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals.“ Die Herrschaft des Finanzkapitals zeigt sich überall dort, wo es Privateigentum an Produktionsmitteln gibt. Solche Überlegungen können nur zu einem weiten, undifferenzierten Faschismusbegriff führen. Tatsächlich wurden während der Weimarer Zeit auch Sozialdemokraten in

dieses Bild eingeordnet. Mit der Antifa-Politik verfolgen die Kommunisten verschiedene Absichten. Hier und heute geht es vor allem darum, breite Bündnisse antifaschistischer Kräfte zu bündeln. „Antifaschismus wurde mehr und mehr zum Oberbegriff für gemeinsame Aktivitäten zwischen Kommunisten und Demokraten gegen ‚rechts‘“, heißt es in einer Publikation des Berliner Verfassungsschutzes. Auf diese Weise können sich Kommunisten und autonome gewaltbereite Linke ein Stück Legitimation verschaffen und bürgerliche Kräfte für ihre Zwecke einspannen. In der erwähnten Publikation des Verfassungsschutzes heißt es: „Gewaltbereite linksextremistische Autonome nutzen den ‚antifaschistischen Kampf‘ seit Jahren als mobilisierungsträchtiges Vehikel zur Legitimierung ihrer Positionen über die eigenen Reihen hinaus. Dabei instrumentalisieren sie den antifaschistischen Konsens, wie er innerhalb eines breiten politischen Spektrums der Bundesrepublik vorherrscht, für ihre eigenen antidemokratischen Ziele.“

Tatsächlich haben sie mit dieser Taktik Erfolg. Denn die veröffentlichte Meinung nimmt die vielen gewaltsamen Aktionen gegen „Rechts“ kaum zur Kenntnis. Offenbar ist man weitgehend geneigt, Gewalt gegen „Rechts“ anders zu beurteilen als Gewalt von Rechtsextremisten. Das Messen mit zweierlei Maß ist zum gültigen Maßstab geworden.

Der Begriff Antifa taucht beinahe stets in Verbindung mit Aktionen auf. Und das seit 1932. Und oft heißt es heute zusätzlich „Antifa heißt Angriff“.

Die Aktionen und Angriffe sehen wie folgt aus:

Gegendemonstrationen

Hier geht es nicht primär darum, gegen das Auftreten von „Nazis“ separat in Erscheinung zu treten. Vielmehr soll durch aktives Eingreifen jeder öffentliche Auftritt von „Nazis“ verhindert werden. Nazis sind nach der Definition der Antifa-Truppen auch DIE DEUTSCHEN KONSERVATIVEN. Die Erfahrung zeigt, daß bei solchen Demonstrationen nebst Gegendemonstrationen die Gewalt in der Regel von den Antifa-Leuten ausgeht. So berichtet der Vizepräsident des Landesamtes für Verfassungsschutz in Baden-Württemberg, die Zahl der Gewalttaten, die Linke gegen Rechte verüben, seien erheblich höher und in diesem Jahre sogar angestiegen. In diesem Jahre (bis August) habe es 17 Gewalttaten von Linken gegen „Rechte“ aber nur 2 von „Rechten“ gegen „Linke“ gegeben.

Kampagne gegen Hoteliers und Busunternehmer

Das Ziel solcher Aktionen besteht darin, die Unternehmer so unter Druck zu setzen, daß sie aus Furcht vor materiellen Schäden weder Hotels noch Busse an „rechte“ Organisationen vermieten. „Einziger Erfolg ist die Möglichkeit, daß ihnen irgendwann mal keine Busse mehr vermietet werden“, heißt es in einer ihrer Publikationen.

Manchmal spielen linke Sozis bei diesem Spiel mit. Am 27. September 1998 schrieb ein einschlägig Vorbestrafter Manfred Büttner an seine Genossen im SPD-Unterbezirk Waldeck-Frankenberg u.a.: „wie schon so oft treffen sich Deutschlands Neonazis (gemeint sind die Deutschen Konservativen) in Eurem Unterbezirk, der sich bundesweit als ein Schwerpunkt nationalsozialistischer Aktivitäten von Jung und Alt entwickelt hat. Es ist an Euch, dieses Nazitreffen mit allen Mitteln zu verhindern.“... „Als am wirksamsten hat sich Überzeugungsarbeit gegenüber den Besitzern der Tagungsstätten erwiesen. Auch Verbote in letzter Minute können das Treffen nahezu verhindern.“

Es mag sein, daß das Hotel in seinem Schreiben vom 25. November 1999 übertreibt. Aber das Ergebnis der Angstkampagne war klar. „Leider haben wir, wie Sie ja auch wissen, furchtbaren Ärger mit der Presse gehabt.“

Viele beleidigende Anrufe und viele Absagen, die uns einen sehr starken geschäftlichen Schaden zugefügt haben, mußten wir hinnehmen.

Sie waren uns allen sehr angenehme Gäste, doch müssen wir aus gegebenen Gründen die gebuchten 100 Zimmerkapazitäten vom 02.04. bis 09.04.2000 stornieren.“

Kampagne: Stoppt Nazi-Zeitungen

In mehr als 80 Orten existieren die sogenannten „Edelweißpiraten“, deren Ziel u.a. darin zu sehen ist, den Verkauf sogenannter „Nazi“-Zeitungen zu verhindern. Bezeichnend ist, daß die Junge Freiheit diesen Zeitungen zugerechnet wird. Diese Kampagne ist also in einem doppelten Sinne verwerflich. Einerseits benutzt man die Methoden der Einschüchterung mit möglicher Angst vor Gewalt. Andererseits handelt es sich faktisch um eine Einschränkung der Pressefreiheit durch selbsternannte Zensoren, die vor Gewalt nicht Halt machen.

Klandestine-Aktionen

Neben einer Reihe von legalen, offenen Aktivitäten finden „klandestine“, also heimliche, im Verborgenen wirkende Aktionen statt. Diese richten sich gezielt gegen „Einzelpersonen, deren Eigentum oder Treffpunkte bzw. Veranstaltungsorte von tatsächlichen oder vermeintlichen ‚Rechten‘ „.

Diese heimlichen (klandestine) operierenden Gruppen geben sich ständig andere Namen oder agieren unter der allgemeinen Bezeichnung „autonome Gruppe“.

Aktionen gegen Einzelpersonen

In den letzten Jahren gab es eine beachtliche Anzahl von „spontanen“ gewaltsamen Übergriffen gegen Aktivisten der rechtsextremen Szene oder auch nur auf vermeintliche Angehörige oder Sympathisanten dieser Szene. Dabei wird nach Erkenntnissen des Verfassungsschutzes folgendes Schema beachtet:

Ausspähung einer oder mehrerer Zielpersonen, Mobilisierung von militanten „Antifas“, Überraschender, bewaffneter Angriff aus dem Hinterhalt, wobei auf Vermummung und zahlenmäßige Überlegenheit geachtet wird, Schnelle Flucht. Bei diesen Aktionen handelt es sich um nicht mehr und nicht weniger als um Gewaltkriminalität.

Offene Grenzen

Insbesondere in den Jahren 1996 bis 1998 fanden Aktionen statt, die das Ziel hatten, die Grenzen für Flüchtlinge durchlässiger zu machen.

Briefaktionen

Selbstverständlich wird das Internet für die Diffamierung „rechter“ Persönlichkeiten benutzt. Aber auch Briefaktionen an Einzelpersonen nutzt man für die Agitation, wie oben erwähnt.

Aktiv sind sie. Und kriminell auch. Die linke Presse wirft gelegentlich dem Staate vor, er sei auf dem rechten Auge blind. Das ist falsch. Richtig ist indessen, daß die Presse auf dem linken Auge notorisch blind ist. Die Warnung des Berliner Verfassungsschutzes trifft insofern ins Schwarze: „Die eigentliche Gefahr im Vorgehen der autonomen ‚Antifa‘ besteht darin, daß die demokratiefeindliche Zielsetzung nicht erkannt wird und ihre kriminelle Handlungsweise von ihrem - vorgeschobenen - ‚Kampf gegen Rechts‘ überdeckt wird. Fatal wäre es, wenn die Begehung schwerster Straftaten, weil sie sich gegen ‚Rechts‘ richten, auf Sympathie stoßen und militante ‚Antifas‘ als legitime Bündnispartner im Kampf gegen den Rechtsextremismus anerkannt würden.

Niemand sollte sich der Illusion hingeben, daß man die Feinde der Demokratie von Rechts, mit den Feinden der Demokratie von Links bekämpfen kann, denn: Für die autonome ‚Antifa‘ ist Antifaschismus lediglich ein Deckmantel für Gewalt.“

Den Teufel hat noch niemand mit Beelzebub ausgetrieben.

*„Wer im Glashaus sitzt,
soll nicht mit Steinen werfen.“
(Volksmund)*

6. Die im Glashaus sitzen

Es gibt Gewalt in unserem Lande, die von rechten Extremisten ausgeht. Die muß bekämpft werden wie jede Gewalt, weil sie kriminell ist. Ohne daß die Gewalt linker Extremisten verschwunden wäre, dominiert derzeit die der rechten Extremisten. Wir hatten aber eine Zeit, da war es umgekehrt. Da gab es linke Gewalt bis hin zum Terrorismus. Und damals - in den 70er und beginnenden 80er Jahren - war die Gefahr für den Staat ungleich größer als heute. Man kann sogar mit gutem Grunde sagen: Die derzeitig erkennbare Gewalt rechter Extremisten birgt keinerlei Gefahr für den Bestand und die Funktionsfähigkeit unseres Staates.

Ebenso merkwürdig wie aufschlußreich bleibt die Tatsache, daß diejenigen, die heute mit dem unglaublichen Engagement eines Aufstandes der Anständigen nicht nur gegen Gewalt rechter Extremisten vorgehen, sondern sogar gegen rechtes Denken, damals vielfach bereit waren, die Gewalt von links zu erklären, zu rechtfertigen und zu verteidigen oder sich sogar daran zu beteiligen. Da wird offenbar mit zweierlei Maß gemessen, weil für diese Leute nicht die kriminelle Gewalt zählt, sondern mehr die Gesinnung aus der sie kommt. Das Urteil folgt nicht dem Strafgesetzbuch, sondern der Ideologie.

Deshalb hat die politische Linke damals bei der Bekämpfung des Links-Terrorismus den Staat allein gelassen. Keiner kam auf die Idee, einen Aufstand der Anständigen gegen linke Gewalt zu organisieren. Für Buback, Herrhausen, Karry, Ponto und viele andere und insbesondere auch deren Fahrer, gab es keine Lichterketten und Demonstrationen. Zuweilen hörte man gar von klammheimlicher Freude, wenn Mordaktionen Linker zum Erfolg geführt hatten.

Wenn heute diejenigen, die gestern Gewalt rechtfertigten, den erschütterten Moralisten spielen, dann bekommt der aufmerksame Zeitgenosse merkwürdige Gefühle. Leider sind nicht alle Zeitgenossen so aufmerksam, daß sie sich der Ereignisse von damals erinnern. Deshalb sollen hier einige Dinge ins Gedächtnis zurückgeholt werden, die geeignet sind, da ein Chamäleon zu erkennen wo ein Politiker steht. Da sie heute am Aufstand der Anständigen maßgeblich beteiligt sind, muß man prüfen, ob sie damals noch nicht anständig (genug) für einen Aufstand waren oder ob sie selbst Ziel eines Aufstands der Anständigen hätten sein müssen.

Die Wahrheit ist ganz einfach. Diejenigen, die sich heute als die Anständigen verstehen, waren damals aufgestanden um Gesetze zu brechen, von der strukturellen Gewalt in unserer Gesellschaft zu sprechen, die man mit Gegengewalt beantworten müsse. Sie dachten darüber nach, ob jedenfalls Gewalt gegen Sachen erlaubt sei. Sie philosophierten darüber, ob dem Staat das Gewaltmonopol zustehe und dergleichen mehr. Manche beteiligten sich unmittelbar an der Ausübung von Gewalt, andere verteidigten Gewalttaten in der einen oder anderen Form. Für die Träger linker Gewalt äußerte man damals Verständnis und empfahl den Dialog. Gegen die Träger rechter Gewalt heute, mobilisiert man einen Aufstand der Anständigen und empfiehlt die politische und gesellschaftliche Ausgrenzung und Isolation.

Man muß sich wirklich genau vor Augen führen, was in diesem Lande vor sich geht. Der linke Radikalismus wird enttabuisiert, damit die SPD mit ihm regieren kann. Der rechte Radikalismus wird mehr denn je von allen tabuisiert, damit die CDU keine Chance hat, diese 10 bis 20 % der Wähler für eine Regierungsbildung zu benutzen. Auf diese Weise optimiert die SPD ihre Koalitionschancen. Die Grünen sehen in der SPD ihren Wunschpartner, die PDS erhofft sich von der SPD demokratische Scheinweihen, die FDP Möllemanns möchte auch mal wieder den Partner wechseln und die CDU wäre letztlich auch zur großen Koalition bereit. Will sagen: Die SPD kann es mit fast jedem. Die Auswahlmöglichkeiten der CDU sind beschränkt. Genau dieser Zustand war seit langem das strategische Ziel der SPD: Sie hat alle Optionen, von der Mitte bis extrem links, die CDU hingegen muß auf alle frustrierten, konservativen, national-liberalen Rechtswähler verzichten, ganz gleich, ob

sie nun zu Hause bleiben oder DVU, Republikaner oder NPD wählen. Diese Nicht- oder Protestwähler sind für die CDU infolge der Tabuisierung praktisch verloren. Ein Schuft, wer Schlechtes dabei denkt.

Wenn es denn bei der Tabuisierung des rechten Radikalismus bleibt und weiterhin mit zweierlei Maß gemessen wird, dann muß die CDU sich der Themen dieser frustrierten Wähler annehmen. Aber da gibt es auch wieder Leute - Herr Geißler gehört dazu - die meinen, man dürfe sich der Themen dieser Menschen im Wahlkampf nicht annehmen. Auch diese müßten tabuisiert werden. Insbesondere gelte dies fürs Ausländerthema. Man will also nicht mehr und nicht weniger, als in einer Demokratie mündigen Bürgern ausgerechnet die Themen tabuisieren und aus dem Wahlkampf ausschließen, die einerseits die CDU profilieren könnten, andererseits in jedem Wohnzimmer, vor jedem Fernseher, an jedem Stammtisch diskutiert werden. Was das für ein Demokratieverständnis ist, muß man sich fragen. Aber denen geht es ja auch nicht um Demokratie, sondern um die Reduzierung der Wahlchancen der CDU. Ein Schuft, wer Schlechtes dabei denkt.

Eine Partei, die 20% der Stimmen erhält, dürfe man nicht ausgrenzen, sagt man in diesen Kreisen und meint die PDS. Aber natürlich muß man 13% auf der anderen Seite ausgrenzen. Schließlich kann auch eine Partei mit 30 und mehr Prozent undemokratisch sein, und eine wehrhafte Demokratie muß sie dann „ausgrenzen“ und gegebenenfalls verbieten. Natürlich muß man sie möglichst mit politischen Mitteln bekämpfen. Was hier so besonders stört, ist das Messen mit zweierlei Maß. Cui bono? Ein Schuft, wer Schlechtes dabei denkt.

Nur unter Beachtung des Prinzips der doppelten Moral kann man verstehen, daß heute Leute im Kabinett sind und sich über Gewalt von rechts empören, aber gestern für die Gewalt von links Verständnis äußerten und Unterstützung anboten.

Gewiß weisen die Gewalttaten von links und rechts Unterschiede auf. Die Linken haben gegen den Staat, gegen Springer und gegen Rechte ihre Gewalt geprobt. Die Rechtsextremisten richten sie vorwiegend gegen Ausländer, jüdische Denkmäler und Schwache (Obdachlose).

Die Gemeinsamkeit die übrig bleibt, wenn man die Gesinnung unbeachtet läßt, ist die Kriminalität. Und das Gesetz bestraft Taten und nicht Gedanken. Und weil es dabei bleiben sollte, darf man vergleichen. Die von den Linken praktizierte Doppelmoral, ist im übrigen auch von einem der geistigen Väter der 68er gefordert worden. Das von H. Macuse vertretene Prinzip der „befreienden Toleranz“ bedeutet nämlich nichts anderes als „Intoleranz gegenüber Bewegungen von rechts... und Duldung von Bewegungen von links.“ (Herbert Macuse, Repressive Toleranz) Diese doppelte Moral hat Vertreter der politischen Linken ins Glashaus gebracht. Der Volksmund sagt dazu: Wer im Glashaus sitzt, soll nicht mit Steinen werfen.

Und nun ein Blick auf einige Insassen des Glashauses.

JOSEF FISCHER

Als 1998 vor den Bundestagswahlen Vorwürfe aus den Reihen der CDU wegen seiner Vergangenheit als Straßenkämpfer erhoben wurden, äußerte sich Fischer zur Sache. In der Berliner Morgenpost vom 3. August 1998 ist zu lesen: „Fast zehn Jahre habe er ‚auch unter Einsatz von Gewalt‘ versucht, die verfassungsmäßige Ordnung der Bundesrepublik umzustürzen. Aus dieser Vergangenheit habe er nie ein Geheimnis gemacht.“

Es ist also festzuhalten:

1. Er war für die Anwendung von Gewalt in der Politik. Und das zehn Jahre lang.
2. Er wollte die verfassungsmäßige Ordnung umstürzen, die ihm heute Gehalt und Renommee gewährt. Und das ist mehr, als das, was rechte Extremisten heute können oder wollen.

Deshalb kann man getrost von jemandem sprechen, der im Glashaus sitzt, auch wenn er sich mehrfach gehäutet und gewendet haben sollte. Wie wirkt das, wenn ein solcher Typ dem Ex-Kanzler Kohl Rechts- und Verfassungsbruch vorwirft? Wenn er selbst einräumt: „Wir haben uns nicht an die Regeln des Strafgesetzbuches gehalten.“

Fischer mischte in der „schlimmen Zeit der offenen Revolten“, von 1968 bis 1975, immer in vorderster

Front mit. „Da gingen sämtliche Etappen ab bis zur harten Randal“, und Joschka war „der Kriegshauptling“ der Frankfurter Straßenschlachten, flink mit der Zunge und flott auf den Beinen. Hier handelte er sich sein erstes Strafurteil ein: „Sieben Wochen ohne Bewährung wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt und Verletzung der Bannmeile“.

Nach einer Demonstration gegen den Vietnam-Krieg, bei der er die Bannmeile um das Neue Schloß in Stuttgart überschreitet, kommt es zu einer Anklage gegen ihn. Er wird zu zweimal drei Tage Haft als Ordnungsstrafe verurteilt, die er in Stuttgart-Stammheim absitzen muß.

„Sieg im Volkskrieg“, „Klassenkampf im eigenen Land“, skandierten die Demonstranten, Steine flogen, Barrikaden brannten, Autos gingen in Flammen auf. „Mein Gott“, stöhnt Fischer heute noch, „was bin ich da verdroschen worden“.

Mit rund hundert Aktivisten vom „Revolutionären Kampf“ wollte Fischer 1971 den Opelkonzern aufmischen. Man nahm eine Arbeit an. Doch bevor auch nur ein Arbeiter aufgewiegelt werden konnte, landete Fischer wieder auf der Straße. Bei einer Betriebsversammlung hatte er zum Streik aufgerufen. Grund zur fristlosen Entlassung.

Nun hatte er wieder Zeit für die Arbeit auf der Straße. Er organisierte Hausbesetzungen im Frankfurter Westend, lieferte sich „Schlachten mit den Bullen“. „Von uns“, berichtet er stolz, „ist nie einer geschnappt worden“. Damals schon kannte er „keine Berührungsängste“ mit den in der Stadt regierenden Sozialdemokraten: „Wir haben wegen der besetzten Häuser mit der SPD verhandelt und gleichzeitig zugehauen“.

Im Spiegel war über J. Fischer zu lesen: „Es ist für manche kaum zu fassen: Ein Sponti der Frankfurter Hausbesetzerszene, ein Realo-Grüner mit kernigem Proletengehabe, ein ehemaliger Vorbestrafter und Drogenkonsument, ein Mann im Schlabberlook nimmt Platz am Kabinetttisch...“

Vieles aus seiner Laufbahn als Straßenkämpfer ist ungeklärt. So die Frage, wieso der Terrorist Klein seinen Wagen benutzte, in dem die Waffe gefunden wurde, mit der der FDP-Politiker Karry ermordet wurde. An guten Beziehungen zu Terroristen hat es offenbar nicht gefehlt. Der Terrorist Klein äußerte sich jüngst über seine Mitgliedschaft in der sogenannten Putzgruppe, die Demonstrationen vor der Polizei schützen sollte, laut FAZ so: „‘Da war auch mein Freund Joschka Fischer drin‘, sagt Klein mit einem höhnischen Unterton, den er nicht anschlägt, wenn er von Cohn-Bendit und anderen ehemaligen Genossen spricht.“ Der Volksmund meint, sage mir, mit wem du umgehst, und ich sage dir, wer du bist. Und wie sagte es Peter Gauweiler: „...möchte man keinem deutschen Unions- oder FDP-Minister wünschen, mit den Akteuren rechtsextremer Gewalt so persönlich verhandelt gewesen zu sein, wie es Fischer mit den Linksextremen offensichtlich war.“

Der damalige SPD-Oberbürgermeister von Frankfurt, Rudi Arndt, meinte über die Putzgruppe, der Klein und Fischer angehörten: „Das sind faschistoide Chaoten, die schlimmer sind als die SA und die SS in der Nazizeit.“ So das Urteil eines Sozialdemokraten - damals. Ungeklärt ist auch seine Rolle im Zusammenhang mit einer Demonstration am 10. Mai 1976. Es flogen Molotow-Cocktails gegen Polizisten. Ein Beamter erlitt lebensgefährliche Brandverletzungen. Laut Christian Schmidt soll Fischer sich am Vorabend für den Einsatz von Brandsätzen ausgesprochen haben. Fischer konnte sich in einem Spiegel-Interview - allerdings nach 22 Jahren - an diese Veranstaltung nicht mehr erinnern. Vielleicht kommt die Erinnerung dann, wenn Fotos oder Augenzeugen gefunden werden - wie beim Vorgang aus dem April 1973. Noch im November 2000 wollte Fischer sich gegenüber dem Tagesspiegel nicht zur Sache äußern. Als die Fotos da waren und „Freunde“, die wußten wer wer ist, da konnte er nicht mehr schweigen. Er gestand: Mit anderen gemeinsam hat er einen Polizisten verprügelt.

Nun bekennt er sich zu zehnjährigen „gewaltsamen Entgleisungen“. Noch ist der Öffentlichkeit nicht alles bekannt. Aber schon das Bekannte ermöglicht ein fundiertes Urteil. Natürlich muß ein solches Urteil auch mögliche Rechtfertigungsgründe berücksichtigen. Dazu meint Fischer: „Zuerst wurde man geschlagen, dann hat man sich gewehrt und zurückgeschlagen.“

Nach Auffassung des Tagesspiegels wirken diese Versuche, sich als Opfer staatlicher Gewalt zu sehen, merkwürdig und unwahrscheinlich. In der Tat widersprechen sie jeder Erfahrung. Ironisch fragt der Tagesspiegel: „Aber vielleicht war Joschka Fischer da die Ausnahme, der einzige eichte Militante, der nie den ersten Stein warf.“

Er führt dann weitere Gründe zur Erklärung an: Vietnam, die Notstandsgesetze, der Mordanschlag auf R. Dutschke, der „Kontinuitätsverdacht zwischen NS-Staat und Bundesrepublik“. Schließlich fällt ihm noch der Tod der U. Meinhof ein. Dazu ließe sich vieles sagen. Hier nur kurz. Für Vietnam zeichnete nicht der deutsche Staat verantwortlich. Die Notstandsgesetze waren 1973 längst mit breiter Mehrheit (Große Koalition) verabschiedet, ohne daß eine der Befürchtungen der Gegner wahr geworden wäre.

Bei Fischers Prügelaktion 1973 war Frau Meinhof noch quicklebendig. Auch der Mordanschlag auf R. Dutschke konnte dem Staat nicht in die Schuhe geschoben werden. Im übrigen lebte Dutschke 1973 noch. Bleibt die Kontinuität zwischen NS-Staat und Bundesrepublik. Er spricht von „Kontinuitätsverdacht“. Sollte ein bloßer Verdacht dieser Art ausgereicht haben, die verfassungsmäßige Ordnung zu beseitigen und eine Spur der Steine zu hinterlassen? Das wäre schrecklich für Fischers Verständnis von Recht und Unrecht.

Wer hier kein Urteilsvermögen besaß, den Unterschied zwischen NS-Staat und Bundesrepublik zu erkennen, der konnte einfach nicht recht bei Troste sein, Ja, dem müßte man ein Urteilsvermögen in Sachen Politik absprechen.

Jedenfalls sind alle Einlassungen Fischers nicht geeignet, erklärend oder gar entlastend zu wirken. Er versucht sich herauszureden, so gut er kann. Das ist alles. Weil seine inszenierten Straßenkrawalle ein Stück seiner Leitkultur waren, sitzt er im Glashaus und hat kein Recht, jenen anderen, die über Leitkultur nur diskutieren wollen, vorzuwerfen, sie besorgten das Geschäft der Rechtsradikalen. Das Bild Fischers eignet sich nicht als Vorbild.

Dazu meint J. Stoltenberg in der Berliner Morgenpost: „Daß seine politische Karriere wahrlich nicht als Vorbild für die Jugend von heute taugt, wird Fischer bei seiner Intelligenz selbst einsehen. Und doch lehrt die ‚Enthüllung‘ etwas: Daß Recht auf politischen Irrtum für alle und überall gelten - für Linke wie für Rechte, im Westen wie im Osten.“

Als Fischer am 11. September in New York eine Rede unter dem Thema „Erinnerung und Verantwortung“ hielt, beendete er sie mit folgendem Zitat aus dem Psalm 78: „Was wir hörten und erfuhren, was uns die Väter erzählten, das wollen wir unseren Kindern nicht verbergen, sondern dem kommenden Geschlecht erzählen.“ Genau das wollen wir: Erzählen, daß Fischer mit Steinen warf und im Glashaus sitzt.

HANS CHRISTIAN STRÖBELE

Der Lebenslauf des Hans-Christian Ströbele vermerkt für die Zeit zwischen 1969 und 1974: „Gründungsmitglied der AL (Alternative Liste) in Berlin“. Diese AL wurde 1989 Koalitionspartner der SPD in Berlin. Wer war die AL? Es war jene Gruppe, die sich in Berlin ständig als Unterstützerorganisation der Hausbesetzer und gewalttätiger Demonstranten hervortat. Ein großer Teil der innerparteilichen Auseinandersetzung ging um die Frage, ob denn nur Gewalt gegen Sachen oder auch gegen Personen erlaubt sei. Das staatliche Gewaltmonopol wurde immer wieder bestritten. Und der Regierende Bürgermeister Momper mußte 1989 der Verhandlungsdelegation der AL, unter Führung von Ströbele, mühsam einen dilatorischen Formelkompromiß in dieser Sache abhandeln. Nur die Chance der Regierungsbeteiligung veranlaßte die Alternative Liste schließlich dazu, das Gewaltmonopol des Staates widerwillig, verhalten und nicht ganz uneingeschränkt, zu akzeptieren. Ströbele war also der Mitbegründer einer politischen Organisation, die teilweise Gewalt legitimierte, das staatliche Gewaltmonopol bestritt und mit Rechtsbrechern gemeinsame Sache machte. Auch später hat sich dieses Bild bestätigt. Er war nicht einfach Anwalt von Terroristen, so, wie jeder Strafverteidiger seine Klientel vertritt. Für ihn war es mehr oder weniger Herzensangelegenheit. Dies wurde auch seiner Partei - damals noch die SPD - klar, die ihn deshalb ausschloß. Für Ströbele waren die Terroristen im Knast schlicht und einfach „Genossen“. So redete er sie an. Distanzieren wollte er sich nicht und das nahm man ihm aus guten Gründen übel. Die SPD schloß ihn aus. Ströbele im Jahr 2000: Die Verteidigung würde er auch heute noch übernehmen. Wörtlich: „Wir waren doch Genossen.“ Diese intellektuelle und geistige Nähe zu denen, die er verteidigte, wird auch durch einen Brief belegt, den er an die Genossen im Knast schrieb. Damals, unter dem 16. Juni, schrieb Anwalt Ströbele in einem später bei Zellendurchsuchungen aufgefundenen Rundbrief: „Liebe Genossen. Ziemlich fertig bin ich von der Reise zurück. Baader, Proll, Meins, Müller besucht ... großes neues Projekt, das Arbeit für alle für Monate und Jahre bringt: Info-Zentrale in HH und Erstellung von Analysen und konkrete Gruppenschulung.“

Wegen Unterstützung einer kriminellen Vereinigung sitzt er 1975 19 Tage in Untersuchungshaft. Das Kammergericht, das ihm „radikale sozialistische Vorstellungen“ bescheinigte, sah indessen keine Fluchtgefahr. Er wurde aus der Untersuchungshaft entlassen. 1981 kam es zum Prozeß vor der 2. Großen Strafkammer beim Landgericht Berlin. Diese vertrat die Auffassung, das Fortbestehen der RAF, während der Haft ihrer Mitglieder, wäre ohne das von den Anwälten betriebene Informationssystem nicht möglich gewesen. So erhielt Ströbele 18 Monate Haft auf Bewährung. 1982 erfolgt schließlich das endgültige Urteil der 10. Großen Strafkammer des Berliner Landgerichts: 10 Monate Haft auf Bewährung. Schließlich habe er sich als Verteidiger der RAF-Mitglieder Baader, Meinhof und Ensslin an deren Informationssystem unzulässigerweise beteiligt.

Trotz der Vorstrafe ließ die AL Ströbele 1985 in den Bundestag einziehen. Im Februar 1988 war Ströbele vor dem Amtsgericht Berlin-Tiergarten erneut angeklagt. Diesmal ging es um den Verdacht des Boykotts der Volkszählung. Dazu hatte er aufgerufen. Nur ein leerer, unausgefüllter Fragebogen sei nach seiner Auffassung ein harmloser und datensicherer Fragebogen. Trotzdem wurde er freigesprochen. Als der damalige US-Präsident Ronald Reagan im Juni 1987 Berlin besuchte, zogen Demonstranten und vermummte Chaoten durch die Stadt. Die Polizei wollte sie nach Steinen, Messern und Waffen durchsuchen und kesselte sie deshalb ein. Ströbele begab sich in den Kessel und versprach allen Demonstranten Rechtshilfe. Einer der Chaoten lieferte ihm ein Messer ab. Der Anwalt schmuggelte es aus dem Kessel. Er wurde nicht kontrolliert.

Seine Berufsausübung war durch eine Reihe von Durchsuchungen, Ehrengerichtsverfahren und ein zeitweises Berufsverbot zu Staatsschutzsachen charakterisiert. Zu Beginn des Golfkrieges rief Ströbele mit einigen anderen Grünen die Bundeswehrsoldaten zur Fahnenflucht auf. Das Bonner Schöffengericht sprach Geldstrafen aus. Im Stern kann man lesen, Ströbele sei „einer, der heute noch sagt, daß Recht und Gesetz ‚nichts Heiliges‘“ seien. Auf die Frage des Spiegel nach seinen Geldsammlungen für die Bewaffnung von Guerillas in El Salvador, meint er lapidar: „Ich zähle mich nicht zu den Pazifisten, obwohl ich sie hoch achte.“ In der Gretchenfrage nach seinem Verhältnis zur Gewalt hat Ströbele Gewalt gerechtfertigt und Gewalttaten verteidigt. Er sitzt im Glashaus.

GERHARD SCHRÖDER

Seinen wirklichen Standort zu bestimmen, ist schwierig. In der Wirtschaftswoche beantwortet Stefan Baron die Frage, wofür dieser Mann eigentlich stehe mit der Feststellung: „Fehlanzeige, Gerhard Schröder hat zu fast allem schon mal ja und nein gesagt. Er ist ein ... begnadeter Verkäufer von Programmen, aber selbst programmatisch ein schwarzes Loch.“ Vermutlich hat er gar keinen wirklichen Standort. Schröders Weg an die Macht, ist nach Auffassung der Neuen Zürcher Zeitung ein langer Marsch durch die deutschen Institutionen. Wörtlich heißt es: „Zum erstenmal wird mit dem 1944 geborenen Niedersachsen ein Mann Bundeskanzler, der den Zweiten Weltkrieg nicht mehr bewußt erlebt hat, und zum erstenmal darf von einem 68er gesprochen werden, der den Weg durch die Institutionen bis zur Spitze geschafft hat.“

Das Ziel der 68er war es, den Staat Bundesrepublik Deutschland gründlich und grundsätzlich zu ändern. Systemkritik war das Stichwort. Zum Juso-Vorsitzenden wurde er 1978 vom Bündnis der Stamokap-Gruppen und der sogenannten Antirevisionisten innerhalb der Jusos gewählt. Er selbst wird in der Regel den Antirevisionisten zugeordnet, die das Ziel verfolgten, die SPD stärker an Arbeitnehmerinteressen zu orientieren und den „sozialistischen Flügel“ zur Wiederbelebung marxistischer Traditionen wieder aufzubauen. Der Spiegel meinte gar, unter den Antirevisionisten dürften wohl diejenigen zu verstehen sein, die sich zum klassischen Marxismus bekennen, dessen Elemente Vernichtung des Privateigentums, Abschaffung des Rechtsstaates und Einrichtung einer Klassenjustiz seien. Konsequenterweise habe Schröder die „Vergesellschaftung aller wichtigen Wirtschaftszweige“ gefordert.

Wie Schröder denkt, zeigen folgende Zitate: „Da, wo ich herkomme, zweifeln einige an unserem Gesellschaftssystem“ („STERN“, März 1979). „Je mehr ich von Politik erfuhr, desto prononcierter wurde meine linke Position“ („SPIEGEL“, Februar 1978). „Jungsozialisten... wollen ihre sozialistischen Positionen formulieren und verbreiten. Das ist ihr Ziel... im übrigen hat die Parteiführung begriffen, daß

marxistische Positionen zum Spektrum der SPD gehören. Dies macht Zusammenarbeit möglich“. („Vorwärts“, Juli 1978). „Im Bereich der Ökonomie scheint mir eine Politik formuliert zu werden, die nicht einmal den Ansprüchen einer Alternative einer sozialdemokratischen Politik im Kapitalismus genügt“. („SPIEGEL“, März 1979). „Über den bürgerlichen Staat (kann man) nicht das Kapitalverhältnis aufheben..., also nicht die grundlegenden Veränderungen der Gesellschaftsordnung erreichen“ („Frankfurter Rundschau, Juni 1978). „Als Sozialisten kämpfen wir für eine grundlegende Veränderung der kapitalistischen Wirtschafts- und Sozialordnung. Unsere historische und nach wie vor geltende Aufgabe, ist die Beseitigung der unmenschlichen Strukturen dieser Ordnung“. („FAZ“, April 1979). Der „SPIEGEL“ im August 1977: „Schröder tritt für die Vergesellschaftung aller wichtigen Wirtschaftszweige ein...“ Originalton Schröder: „Ich fordere die Verstaatlichung der gesamten deutschen Mineralölindustrie“.

Gewiß hat er sich mit den Linken bei den Jusos verbündet. Aber vielleicht nur, um die Macht zu erringen. Seine Anpassungsfähigkeit hat sich im Laufe der Jahre als phänomenal entwickelt. Und die Persönlichkeitsveränderungen bei Schröder sind inzwischen wohl stärker ausgeprägt als die von ihm damals vertretene Systemveränderung der Bundesrepublik. Dadurch wird das Urteil erschwert. Aber zweifellos hat er sich selbst den Linken zugeordnet, die in unserem Staat Remedur schaffen wollten.

In einer damals aktuellen Frage ist er auf Konfliktkurs gegangen. Seines Erachtens, sollten die Überprüfungsverfahren zur Verfassungstreue von Bewerbern für den öffentlichen Dienst entfallen. Das heißt, er wollte auch Kommunisten den Weg in den öffentlichen Dienst eröffnen. Einziges Kriterium für den Beschäftigten im öffentlichen Dienst müßte die Feststellung sein, ob er „im Dienst die Gesetze und Verfassung einhält“. Die Parteizugehörigkeit dürfe dabei keine Rolle spielen. Schröders Forderung war sogar so weitgehend, daß die Mitgliedschaft und Arbeit in einer verbotenen Partei kein Kriterium für die Einstellung sein solle. So jedenfalls damals, als es um Kommunisten ging. Heute gehört das Berufsverbot zu den Forderungen aus seiner Partei bei der Bekämpfung des Rechtsradikalismus. Man wird vergeblich darauf warten müssen, daß er Rechts und Links mit gleichen Maßstäben mißt. Damals verteidigte er vehement die Tätigkeit des sogenannten Russell-Tribunals, das den Radikalenerlaß und die sogenannten Berufsverbote in Deutschland auf ihre Vereinbarkeit mit den Menschenrechten untersuchen wollte. Wer heute nur diese Frage einer Gleichbehandlung der sogenannten Rechten aufwerfen würde, wäre sofort zum Faschisten ernannt. Er jedenfalls hatte damals, als er in Niedersachsen an die Macht kam, sofort dafür gesorgt, daß die vom öffentlichen Dienst ferngehaltenen Kommunisten die Möglichkeit erhielten, in diesen zurückzukehren. Da muß man den Herrn Kanzler heute wohl daran erinnern, daß er einmal anders gemessen hat. Der Volksmund sagt da: Er sitzt im Glashaus.

Und dieser Volksmund sagt auch, sage mir, mit wem du umgehst, und ich sage dir, wer du bist. Schon in jener Zeit hat es ihn immer wieder zu den Kommunisten hingezogen. In einem Interview mit der Zeitschrift Wirtschaftswoche, im Februar 1978, erklärte Schröder: „...wenn etwa an einer Hochschule ein ASTA gebildet werden muß, und die Jusos können ihn nur in Zusammenarbeit mit den Kommunisten bilden, dann werden sie dies tun“.

Schon 1980 reist er als Juso-Vorsitzender nach Moskau, um mit dem Vorsitzenden des Komitees der Jugendorganisation der UdSSR Axjonow zu konferieren. Im Dezember 1985 sieht man ihn mit Honecker in der DDR, wo er sich für die Respektierung einer DDR-Staatsbürgerschaft einsetzt. Die Kritik in der Bundesrepublik war ziemlich einhellig: Für das Linsengericht einer Visite bei Honecker, opfert er wichtige Rechtspositionen (Hirche). Auch äußerte er Bereitschaft, die zentrale Erfassungsstelle für DDR-Verbrechen in Salzgitter aufzulösen. Der SPD-eigene Vorwärts vom 21. Dezember 1985 meint, nach seinem Besuch bei Erich Honecker sei Gerhard Schröder ernst gewesen: „Das ist ein zutiefst redlicher Mann“, sagt er und das Kompliment für den Staatsratsvorsitzenden der DDR klingt nicht weniger bewundernd, als das für Kubas Maximo Leader. Diesen hatte Schröder ebenfalls im Dezember 1985 getroffen. Er meinte: „Der Fidel und der Che, die waren doch die Traumfiguren für uns Linke in der Zeit um 1968, als ich Politik zu lernen begann“. Und die hatten es wirklich mit der Gewalt. Das ist in Kuba bis heute so. Die Illustrierte „BUNTE“ später: „Schröder war so angetan von Castro, mit dem er zwei Stunden und 35 Minuten sprach, daß er den Revolutionär spontan in die Staatskanzlei in Hannover einlud“. Seine politische Nähe zu kommunistischen Gewalttätern war offenbar gesucht, gewollt und ihm durchaus angenehm.

1987 sehen wir ihn mit dem Chefideologen der SED Axen. Beide setzen sich für die Nulllösung bei

Mittelstreckenraketen ein. Und wieder - so das Neue Deutschland - habe sich Schröder für die Respektierung der DDR-Staatsbürgerschaft und die Abschaffung der Salzgitter-Zentrale ausgesprochen, die Gewalttaten des „zutiefst redlichen“ Honecker registrierte.

Im Februar 1991 ist er wieder in der Sowjetunion und 1996 wieder in Kuba. Hier sieht er sich nun als „Türöffner“. Für deutsche Produkte wollte er werben. Auf den Fotos raucht er kubanische Zigarren. Laut Bild am Sonntag habe Schröder - „halb im Scherz und halb im Ernst“ seine Einladung an Castro erneuert. Wörtlich: „Sollte es zu einer SPD-geführten Bundesregierung kommen, werden wir Sie nach Deutschland einladen.“ Nun sind wir gespannt, ob er sein Versprechen von damals einhält, um das Treffen alter Revolutionäre zu realisieren. Mal gespannt, was Fischer und Albright dazu sagen werden.

Seine Liebe zu linken Diktatoren unterstrich er 1998 noch einmal mit einem Besuch in Weiß-Russland bei dem dortigen Diktator Lukaschenko. Wieder war die Kritik ziemlich einhellig. Als einmal ein Besuch, in diesem Falle mit Egon Krenz nicht zustande kommt, schreibt er freundlichen Brief zur Entschuldigung.

Wie gesagt. Sage mir, mit wem du umgehst...

Im Jahre 2000 setzt Schröder diese Liebe zu den Erben der Diktatur und Gewaltherrschaft fort. Nach den Vorläufen in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg, schreitet er nun selbst zur Annäherung an die PDS. Im Verhältnis SPD - PDS sei das „Ende des Schweigens“ erreicht, meint der Spiegel und sieht den Prozeß der Annäherung weitergehen. Für das Jahresende haben sich Schröder und Gysi zu einem Essen mit Ehefrauen verabredet. Warum wohl? Dazu der Spiegel: „Dass Schröder um bessere Kontakte zu den Postkommunisten in den neuen Bundesländern bemüht ist, um die Bündnismöglichkeiten der Sozialdemokraten zu erweitern und die der Union zu beschneiden, wird in seiner Umgebung nicht bestritten.“

Unter dem Deckmantel des „Kampfes gegen Rechts“ wird die PDS hoffähiger. Die Volksfront läßt grüßen. Die Welt schreibt: „Und der Kanzler hat sich schon immer als sehr flexibel gezeigt, wenn es um die Macht geht. Mit der FDP im Bund und der PDS in den neuen Ländern - das wäre für Schröder gewiß kein unüberbrückbarer Spagat. So nämlich könnte er die Union von der Macht fernhalten: im Bund und flächendeckend in den neuen Ländern.“

Moralische Kategorien zählen für Schröder allenfalls einseitig, wenn es gegen „Rechte“ geht. Ansonsten geht es nur um Machterhalt. Und da ist fast alles erlaubt. Die, die mit zweierlei Maß messen, meinen, sie könnten auch mit Steinen werfen, wenn sie im Glashaus sitzen.

JÜRGEN TRITTIN

Trittins Tritte sind mit schöner Regelmäßigkeit Tritte in Fettnäpfchen. In der Regel ist er mutig genug, zu seinen regelwidrigen Ansichten zu stehen. Offenbar gibt es aber einen schwachen Punkt: „Aber dann, als ich ihm eine bestimmte Frage stellte, ergriff er die Flucht, als hätte ich einen Wespenschwarm aus dem Karton gelassen. Er verweigerte jede Auskunft. Ich wollte wissen: Hat der heutige Grünenpolitiker und Bundesumweltminister während seiner Göttinger Studienzeit Ende der siebziger Jahre für den ‚Kommunistischen Bund Westdeutschlands‘ gearbeitet?“ So berichtet es Graf Nayhauß in der BILD-Zeitung. Ein anderes Mal hat er herumgeeiert. Die WELT am SONNTAG fragte, wann er denn Mitglied beim „Kommunistischen Bund“ war. Aalglatt meinte er: „Da ich das Ob Ihrer Frage nicht bestätigen kann, bin ich nicht in der Lage, das Wann zu beantworten...“ Einem anderen Journalisten, der etwas über seine Vergangenheit beim KB erfahren wollte, unterstellte er mit folgender Bemerkung von vornherein niedrige Beweggründe: „Der größte Lump im ganzen Land, das ist und bleibt der Denunziant.“

Aufschlußreich sei, so meint die WELT am SONNTAG, daß er Berichte über seine Mitgliedschaft im Kommunistischen Bund (KB) unwidersprochen lasse. Tatsache: In den siebziger Jahren hatte der „Kommunistische Bund“ seine Hochburg in Göttingen, wo der „Kriegsdienst-Verweigerer Jürgen Trittin Sozialwissenschaften studierte und bei Studentendemonstrationen Anweisungen gegeben haben“ soll, „wie die ‚Bullen‘ am besten zu schlagen seien“, (FAZ). Laut Verfassungsschutzbericht kämpfte diese Organisation „für die Beseitigung des kapitalistischen Ausbeutersystems und die Zersetzung

des Staatsapparates, für den Aufbau des Sozialismus unter der Klassenherrschaft des Proletariats“. „WELT am SONNTAG“: „Der Einsatz von Gewalt galt als legitimes Mittel zur Durchsetzung dieser Ziele.“ Zur Taktik von KB-Mitgliedern gehörte auch, daß sie andere Bewegungen oder gar Parteien, wie die Grünen, zu unterwandern und zu dominieren suchten.

Das Bundesamt für Verfassungsschutz kam 1980 zu folgender Bewertung des Kommunistischen Bundes: „Der marxistisch-leninistische Bund habe das Ziel erneuert, daß ‚nur der vollkommene Umsturz der alten Herrschafts- und Eigentumsverhältnisse‘ eine Gesellschaft ohne Ausbeutung schaffen könne. Ende 1979 habe der KB die Arbeitsschwerpunkte auf Themen wie ‚Antifaschismus‘, ‚Antimilitarismus‘, ‚alternative Wahlbewegung‘ gestrafft. Bei Demonstrationen - z.B. am 25. August in Hamburg gegen den Kanzlerkandidaten der CDU/CSU (Helmut Kohl) - habe der KB die Zusammenarbeit mit militanten Gruppen gesucht.“

Karsten Voigt ist gewiß einer von denen, die es wissen müssen. Er weiß also wovon er redet, wenn er über Trittin sagt: „Seine politische Herkunft sind die linksradikalen K-Gruppen. Er hat gelernt, die Militärfrage ideologisch mit der Systemfrage zu verbinden. Danach ist militärische Gewalt legitim, wenn sie der revolutionären Sache dient - zum Beispiel den Zielen von Befreiungsbewegungen.“

Einen Teil seines politischen Manifests kann man seinem Buch: „Gefahr aus der Mitte. Die Republik rutscht nach rechts“ aus dem Jahre 1993 entnehmen:

„Es gibt keinen Anlaß, die Nachkriegs-BRD zu verklären. Sie war die BRD der Wiederbewaffnung des Kalten Krieges, der Massenverfolgung von KommunistInnen, der Berufsverbote, des Deutschen Herbstes. Wirtschaftlich war sie die Hegemonialmacht in Europa und schon damals einer der größten Waffenexporteure der Welt.

Jetzt werden die Konturen dieses „neuen Deutschlands“ deutlicher. Der Anblick ist wenig verlockend. Das neue Deutschland geht daran, mit zentralen Grundwerten der alten Bundesrepublik zu brechen. Außenpolitisch steuert die jetzige Bundesregierung eine Großmachtrolle an, innenpolitisch setzt sie auf den starken Staat und die entsolidarisierte Gesellschaft.

Durch die Banalitäten und den Propaganda-Kitsch, mit denen Helmut Kohl seine Reden zu spicken pflegt, sollte man sich nicht ablenken lassen. In ihnen findet sich präzise jene Botschaft, die der konservative Politiker seinem Publikum vermitteln möchte. Das Ergebnis der ideologischen Offensive von CDU/CSU und FDP im Gefolge der Vereinigung von BRD und DDR ist unübersehbar: Rassismus ist zum Alltag und Wohlstandschauvinismus zum dominanten Ideologem geworden. Die Bundesrepublik rutscht nach rechts.

Diese Rechtsverschiebung ist nicht von verwirrten Glatzköpfen und reaktionären Greisen am rechten Rand der Gesellschaft bewirkt worden. Sie ist im Zentrum der politischen Klasse entwickelt und umgesetzt worden. Diese Rechtsverschiebung dokumentiert sich unübersehbar in dem Verzicht, dem neuen Deutschland eine eigene verfassungsgemäße Grundlage zu geben.

Mit der Abschaffung des Grundrechts auf Asyl, ist das Feindbild des Fremden zur Verfassungsnorm erhoben worden.

Das Hoffähigmachen des Rassismus in Deutschland zielte und zielt darauf, die Akzeptanz für ein Gesellschaftsmodell zu steigern, in dem der Anspruch auf subsidiären Schutz für alle ersetzt wird durch eine Ellbogengesellschaft der bloßen individuellen Vorteilsnahme. Die in der Ausgrenzung der Flüchtlinge modellhaft vorgeführte ethnische Begrenzung des Sozialstaates, geht über in eine allgemeine Mißbrauchsdiskussion und mündet in einer politischen und sozialen Ausgrenzung des materiell abgedrängten unteren Drittels der Gesellschaft.

Die Neueröffnung einer militärischen Option deutscher Außenpolitik zielt in diesem Zusammenhang weniger auf das aktuelle Führen von Kriegen. Die scheinbar schubweise Eskalation bei den out of area-Einsätzen der Bundeswehr von Kambodscha bis Somalia, dienen primär der Gewöhnung der Menschen an die Möglichkeit des Krieges als (neuem-altem) Mittel deutscher Politik. Die Instrumentalisierung sogenannter humanitärer Intervention hingegen, hat weniger mit Humanität als vielmehr mit der Notwendigkeit zur Umrüstung der Bundeswehr von einer offensiv orientierten Territorialverteidigungsmacht, hin zu einer im Konzert der Großmächte handlungsfähigen Interventionsstreitmacht zu tun.

Die anfangs rechtsradikale Angstparole, das Boot Bundesrepublik Deutschland sei voll, ist längst Allgemeingut des gefährlich ‚gesunden Menschenverstandes‘ einer Mehrheit geworden. Das überfüllte

Boot kam als SPIEGEL-Titelbild im Herbst 1991 auf den Markt, just als die Zahl ausländerfeindlicher Straftaten steil anstieg. Was als Stammtisch-Ressentiment längst verbreitet war und öffentlich nur von rechtsradikalen Gruppen vertreten wurde, daß Deutschland den weiteren Zuzug von AusländerInnen nicht verkraften könne, hat inzwischen eine Zwei-Drittel-Mehrheit im Bundestag gefunden: Das Asylgrundrecht ist de facto abgeschafft, die meisten Flüchtlinge können ohne Verfahren sogleich abgeschoben werden.

Die von der CDU generalstabsmäßig organisierte Kampagne gegen Flüchtlinge und Einwanderer hat den Konsens der bundesrepublikanischen Gesellschaft verschoben. Sie hat Rassismus hoffähig und den organisierten Rechtsradikalismus parlamentsfähig gemacht.

Wenn sich Edmund Stoiber gegen eine ‚multinationale Gesellschaft auf deutschem Boden, durchmischt und durchrasst‘, wendet, so ist dies unzweifelhaft ein Ausdruck rassistischer Denkweise.

Der heutige bayerische Ministerpräsident greift damit implizit jenen ‚rassenhygienischen‘ Unsinn wieder auf, demzufolge ‚Mischung der Rassen‘ angeblich zur ‚Degeneration des Volkskörpers‘ führt. Solche offen rassistischen Äußerungen finden sich in vielen Variationen in unzähligen Flugschriften und Pamphleten der äußersten Rechten. Bei Politikern, die wie Edmund Stoiber oder Franz Schönhuber bei Wahlen antreten, ist das Rassen-Vokabular allerdings ein seltener selbstenthüllender Verbal-Ausrutscher.

Die Behauptung, Deutschland sei seit der Vereinigung auf dem Weg zu einem normalen Staat in Europa, ist eine gefährliche Lebenslüge.

In der Auseinandersetzung um das Asylrecht hat die CDU/CSU Rassismus wieder gesellschaftsfähig gemacht.

Die letzten Vorbehalte abzubauen, ist erklärtes politisches Ziel einer immer größer werdenden Koalition in diesem Lande. Wirtschaftlich ist die BRD seit langem eine Großmacht. Bisher fehlte zum machtvollen Marsch noch das militärische Bein. Konkret fehlt dem Bundesaußenminister ein ständiger Sitz im Weltsicherheitsrat samt Veto-Recht, das bisher nur den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges und der VR China zusteht. Diesen Anspruch hat die Bundesregierung beim Generalsekretär der Vereinten Nationen inzwischen schriftlich vorgebracht. Deutschland ist - so Helmut Kohl am Rande des Weltwirtschaftsgipfels in Tokio 1993 - keineswegs gewillt, in der Runde der Großmächte am Katzentisch oder auch nur hinter Japan Platz zu nehmen.

Die nationalen Töne, mit denen heute das deutsche Ansehen beschworen wird, sind jedoch nur die eine, die propagandistische Seite der Medaille. Damit sollen vor allem gesellschaftliche Mehrheiten zur Akzeptanz deutscher Kriegseinsätze geschaffen und unter den Soldaten die Bereitschaft gestärkt werden, die eigene Haut zu Markte zu tragen. Kohl und andere führende konservative PolitikerInnen benutzen die Phrase der ‚Verpflichtungen gegenüber der Gemeinschaft der Staaten der Welt‘, um eine machtbewußte, an den nationalen Interessen orientierte Militär- und Wirtschaftspolitik in einer Welt durchzusetzen, in der das Bekenntnis zur Nation zwar Konjunktur hat, der Nationalstaat aber an Bedeutung verliert.

Außenpolitisch müssen auch die Grünen immer unterschiedliche Normen und Risiken abwägen. Die Vermeidung und Verhinderung von Konflikten muß ebenso Priorität haben, wie die Deeskalation als Methode der Konfliktbewältigung im Zentrum stehen muß. Wer als Grüner diese Methode der Deeskalation in Frage stellt zugunsten einer zumeist temporär gedachten Eskalation, redet Belastungen und Opfern unschuldiger Menschen in unverantwortlicher Weise das Wort.“ soweit U-Ton Trittin.

Der Eindruck eines Politikers ist offenkundig, dem es schwer fällt, sich zu dem Staate zu bekennen, dem zu dienen er sich durch Amtseid verpflichtet hat. Schon als 15jähriger Schüler hat er bei Bremer Straßenkrawallen mitgemacht. Später bestätigt er eine solche Tätigkeit, als er zu Protesten wegen der Kohl-Politik meinte: „Einem alten Straßenkämpfer wie mir, lacht das Herz.“ Straßenkrawalle gereichen ihm also zur Freude. Qod erat demonstrandum: Er sitzt im Glashaus.

Als nach dem Mord an Generalbundesanwalt Buback in Göttingen jener berüchtigte Nachruf erschien, in dem von klammheimlicher Freude die Rede war, sah sich der damalige niedersächsische Minister Trittin nicht in der Lage, sich von diesem Nachruf zu distanzieren. Wie sagte doch Karsten Voigt? Für Trittin ist Gewalt unter bestimmten Voraussetzungen erlaubt. Zu den Voraussetzungen gehört in jedem Falle die Legitimation durch linke Ideologie.

„Bei Trittin wird man den Eindruck nicht los, er habe nur seine Strategie geändert, nicht seine Überzeugung.“ (FAZ)

So sehr er Gewalt von links rechtfertigen oder entschuldigen mag, die auch nur potentielle der Bundeswehr, kann er partout nicht ausstehen.

Mit öffentlichen Gelöbnissen der Bundeswehr wolle der Verteidigungsminister „die zivile Gesellschaft an die Mittel des Militärischen“ gewöhnen. Auf einer Protestveranstaltung in Berlin gegen ein Rekrutengelöbnis verschärft er seine Ablehnung: „Wer am Jahrestag von Lidice hier ein Gelöbnis veranstaltet und sich dabei auf Traditionen beruft, der stellt die Bundeswehr selbst in die Tradition der Wehrmacht.“ Auch bei den Grünen wurden seine Äußerungen bedauert. Nichtsdestotrotz. Ein halbes Jahr später war er Bundesminister. Und was für einer. Einer, der zum Beispiel sagte, er lasse sich lieber einen vaterlandslosen Gesellen schimpfen als für die Wiedervereinigung Deutschlands einzutreten. Zur Festnahme von RAF-Terroristen in der früheren DDR nach der Wiedervereinigung meinte er, dieser Verfolgung durch die Justiz liege „nichts Rechtsstaatliches, sondern nur Rache zugrunde.“

„Wen repräsentiert eigentlich ein Minister“ fragt die FAZ am 24. Februar 1999, „der das Deutschlandlied grundsätzlich nicht mitsingt?“

Das müssen dann wohl die sozialistische Internationale sein oder die Nachfolger des Kommunistischen Bundes, die er repräsentiert. Es ist seine extreme Gesinnung, die ihn ständig und eindeutig mit zweierlei Maß messen läßt. Auch er sitzt im Glashaus und weiß gewiß, daß alle es merken.

OTTO SCHILY

Heute ist er Innenminister, vormals war er als Anwalt von RAF-Terroristen bekannt: Otto Schily. „Seinen hohen Bekanntheitsgrad aber verdankt Schily seiner Anwaltstätigkeit: In den siebziger Jahren verteidigte er die Terroristin Gudrun Ensslin, einen Kopf der Roten-Armee-Fraktion. Fortan war Schily der RAF-Anwalt, ein Sympathieträger vieler Linken, der eloquent den Obrigkeitsstaat anprangerte.“ Nach Auffassung des Tagesspiegel ist er ein „Genosse mit Standortproblem“. „Sein Standortproblem ist die Konstante in Schilys öffentlichem Leben.“ Damals, in den 70ern, siedelte er sich selbst links von der SPD an: „Wenn Sie unter links verstehen, daß ich ein Gegner der kapitalistischen Gesellschaftsordnung bin,..... Wenn Sie unter links verstehen, daß ich gegen die Unterprivilegierung der Werktätigen und insofern für eine Veränderung der Gesellschaftsordnung bin, dann bin ich sicher ein linker Anwalt.“

Die Auffassung der Terroristen will er nicht geteilt haben, aber die Frage bleibt, warum haben linke Anwälte gerade linke Genossen und Terroristen verteidigt? Irgendeine Affinität muß es da gegeben haben. Denn es gibt offenbar keine bekannten Fälle, wo namhafte linke oder rechte oder bürgerliche Anwälte Rechtsextremisten verteidigten. Insofern bleibt es ein bemerkenswertes Phänomen, wenn ein Anwalt wie Schily ausgerechnet die markantesten RAF-Terroristen verteidigt. Wenn es nicht ein wenig mehr war als die von jedem Anwalt zu erwartende Parteinahme für seinen Mandanten, dann war es gewiß die beachtliche Kritik an Staat und Obrigkeit, die ihn bewogen haben mag, diese Rolle zu übernehmen. Immerhin räumt er zunächst ein, daß diese Prozesse, „die in verstärktem Maße die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf sich ziehen“, eine besondere Rolle spielen. Es sei ganz klar, daß sie für einen „Verteidiger einen größeren Stellenwert haben als vielleicht die Verteidigung in irgendeiner Rauschgift- oder Diebstahlsache“. Zunächst also mehren solche Prozesse den Bekanntheitsgrad, bringen in bestimmten Kreisen ein wenig Ruhm und damit wohl auch Geld. Aber insgesamt ist die Geschichte des Terrorismus in der Bundesrepublik auch die Geschichte der Terroristenanwälte und „ihrer fortwährenden Gratwanderung zwischen Recht und Unrecht, bei der schon mancher abstürzte“. Gewiß gehört Schily nicht zu denen, die abstürzten, aber Terroristen mochte er sie z.B. nicht nennen. Für ihn war es die „westdeutsche Stadtguerilla-Bewegung“. Aber dieser Versuch, die Bombenleger der Bundesrepublik mit südamerikanischen Gruppen und deren sozialer Legitimation in Verbindung zu bringen, kann nur als Verschleierung und Beschönigung verstanden werden. Die Nähe zwischen Anwalt und Terrorist ergab sich weitgehend aus den gemeinsamen Zielvorstellungen, unseren Staat ziemlich radikal ändern zu wollen, weil man ihn für ziemlich schlecht hielt. Und das galt auch für Otto Schily: „Daß die Bundesrepublik ein Werkzeug des US-Imperialismus sei - in dieser Bewertung unterscheidet sich der Berliner Schily, den kein Geringerer

als der BGH-Senatspräsident Sarstedt für ‚integer‘ hält, kaum von Croissant, dem Subversives in Menge angelastet wird.“

Zu den Anwälten, die letztlich nur verhinderte Terroristen waren, gehört Schily gewiß nicht. Daß aber die verschiedenen Terroristen-Anwälte so schwer auseinanderzuhalten waren, „ist bei dem heiklen Geschäft eines Anwalts in politisch aufgeheizten Strafsachen nicht verwunderlich. Die Advokaten selber haben Schwierigkeit, ihre Gratwanderung plausibel zu machen“. Auch Schily hatte bei dieser Gratwanderung seine Ausrutscher. O-Ton Schily: „Die Auffassung des Generalbundesanwalts, die eiskalt den Tod der Gefangenen einkalkuliert, muß als zynisches Pokern um Menschenleben bezeichnet werden.“

Für manche war Schily der Erfinder der Theorie von Mord an den inhaftierten Terroristen. Für den Staat fand er ziemlich kritische Worte. Die toten Opfer des linken Extremismus scheinen ihn, wie die anderen Anwälte, wenig interessiert zu haben. Immerhin hatten die Terroristen dem Staat den totalen Kampf angesagt. Die Worte von Ulrike Meinhof wurden durchaus zu Taten: „Dem Ziel - zum Teufel jagen, vernichten, befreien - nähern wir uns mit allen Mitteln, wo und wenn nötig, mit Gewehr, wo und wenn nötig, mit so was Schwierigem wie Hungerstreik.“

Auch bezogen auf angebliche Isolations- und Folterzellen in Bruchsal, führte die kritische Sucht und Suche nach Justizskandalen zu einem Ausrutscher. Süffisant kritisch meint der Spiegel, Schily sei sonst sorgsamer im Umgang mit Fakten gewesen. Er sprach von Schilys „Bruchsal-Legende“. Jedenfalls ist Schily von Anfang an dabei als es darum ging, Prozesse gegen den Staat zu führen.

So ist er 1967 beim Prozeß gegen den Polizeibeamten Kurras dabei. Auf der Anklagebank sitzt auch der Staat. 1970 verteidigte er Horst Mahler. Er nutzt die Gelegenheit, gegen das Gesetz zu argumentieren nach dem Mahler verurteilt werden soll. Trotz mehrfacher Novellen trüge es die Züge der Bismarck-Zeit. Wörtlich: „Was waren das für Leute, die diese Gesetze beschlossen? An der Spitze standen 60 Gutsbesitzer, 33 Hofräte, Geheimräte, Senatoren und andere, 17 Grafen, Freiherren, Fürsten, neun Kammerherren und Zeremonienmeister, acht Generäle, sechs Fabrikanten, drei Prinzen, zwei Polizeipräsidenten - und drei Arbeiter.“

Als hätten mehr Arbeiter bessere Gesetze gemacht. Als wären es nicht bis heute Advokaten von seinem Schlage, die die Gesetze machen. Und als wären es nicht gerade Arbeiter, die vermutlich viel härtere Gesetze gemacht hätten, so wie es eben an ihren Stammtischen üblich ist. Und als wäre der Bohémien und Bourgeois Schily ein Arbeiterfreund.

Natürlich wußte er auch, als er für die Alternative Liste in Zehlendorf kandidierte, daß diese die Gretchenfrage nach dem Gewaltmonopol des Staates anders beantwortete als er selbst. Später trennte er sich von der Alternativen Liste weil er merkte, daß der Einfluß der K-Gruppen zu stark sei.

In jedem Falle können wir durch Munzingers Archiv resümieren, daß sich Schily „nachdrücklich für seine Mandanten aus der Terroristenszene“ einsetzte. Und der Spiegel resümiert: „Daß BM- (Baader-Meinhof) Anwälte im Glashaus sitzen, steht außer Frage.“ Auch er hat sich gewandelt. Aber, zu Demos und Lichterketten gegen den linken Terrorismus, hat damals keiner aufgerufen. Eher im Gegenteil.

Wenn wir auf jene verweisen, die damals selbst ein gebrochenes Verhältnis zur Gewalt als Mittel der Politik hatten, dann soll damit keine heutige Gewaltanwendung verkleinert oder entschuldigt werden. Gewalt als Mittel der Politik im demokratischen Staat ist illegal und kriminell - in jedem Fall.

Es soll nur dargelegt werden, daß die Symphatisanten der Gewalt von damals kein sonderliches Recht haben, heute die besonders moralisch Entrüsteten zu spielen. Dies wird auch daran erkennbar, daß sie zwar die Gewalt von rechts heftig bekämpfen, aber keinen Blick dafür haben, daß es auch heute eine beachtliche Gewalt von links gibt. Sie haben damals mit zweierlei Maß gemessen und tun es heute. Deshalb sitzen sie in einem doppelten Sinne im Glashaus. Einerseits waren sie Aktivisten oder Symphatisanten linker Gewalt, andererseits übersehen sie die linke Gewalt heute. Und sie tun das gewiß nicht, weil sie ihre Vergangenheit vergessen haben oder von der linken Gewalt heute nichts wüßten.